GEW

- **Hochschule**
- **Aufruf zur Demo**

#Bildungswende – JETZT!

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

September
2023

Aufruf zur Demo

3 **#Bildungswende – JETZT! Auf geht's, die GEW braucht dich am 23. September 2023!**
von Florian Kohl

Hochschule

4 **Armut von Studierenden und BAföG-Misere nicht länger hinnehmen**
von Lone Grotheer

6 **Tarifvertrag für studentische Beschäftigte**
von Lea Dahms

7 **zur Diskussion:**
GEW-Studis in Würzburg setzen auf TVStud
von Jonas Keim

7 **TVStud-Bewegung sollte gesamtgesellschaftliche Sorgen mitdenken**
von Kilian Gremminger

9 **Sicherheitssoftware im Hochschulbereich – Fluch oder Segen**
von Prof. Dr. Peter Wedde

11 **Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen**
Interview mit Prof. Dr. Isabella von Treskow von Kilian Gremminger

12 **Leser*innenbriefe**

13 **Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Sozial- und Kulturanthropologie zum geplanten Forschungsdatengesetz**
von Prof. Dr. Eveline Dürr und Prof. Dr. Martin Sökefeld

14 **Hochschule und Forschung in Bayern:**
Demokratisierung statt Kommerzialisierung!
von Christiane Fuchs

16 **»Globales Lernen« als Bildungserfordernis begreifen!**
von Dorothea Weniger und Lisa Poettinger

Was es sonst noch gibt

17 **Kandidat*innen zu den Bezirkstagswahlen am 8. Oktober 2023**

17 **Nachruf**
GEW Bayern trauert um Rechtsanwalt Dr. Gerd Tersteegen
von Hans Schuster

18 **Bundeswehr drängt verstärkt in Schulen**
von Martina Borgendale, Dorothea Weniger und Mark Ellmann

20 **Berichte**
- Tassilo-Kulturpreis geht in diesem Jahr an die Geschichtswerkstatt Dorfen
- Gegendemonstration gegen Fackelmarsch des »Coburger Convent«
- Wenn eine Lesung für Kinder zum Politikum wird
- »Offen bleiben!« – Kampagne gegen die Bundesregierung und die EU-Asylpolitik
- Stellungnahme: »Kann Soziale Arbeit jede*r?« – De-Konstruktion des Fachkräftemangels

Rubriken

23 **Geburtstage und Jubiläen**

24 **Kontakte**

Telefonische Rechtsberatung für Mitglieder erfolgt nach Terminvereinbarung.

Dazu bitte eine E-Mail senden unter Angabe der eigenen telefonischen Erreichbarkeit und kurzer Schilderung der Angelegenheit – nötige Unterlagen im PDF-Format anfügen.
E-Mail: rechtsstelle@gew-bayern.de • Tel.: 089 544081-14

Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter gew-bayern.de/anmeldung selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.

Hochschule. Die Bildungs- und Politikwissenschaftlerin Nina Kolleck von der Uni Potsdam beklagte Anfang August im Deutschlandfunk das Aus für zwei ihrer Projekte zur Demokratie- und kulturellen Bildung. Auch Forschungsprojekte ihrer Kolleg*innen stünden massiv unter Druck. Die Verantwortung für die Kürzungen in Hochschule und Forschung trägt der Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) nicht allein. Er kürzte zwar in seinem Haushaltsentwurf das Budget des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) um rund 500 Mio. Euro, doch das Bundeskabinett stimmte dem inzwischen zu. Das 100 Mrd. starke Sondervermögen für die Bundeswehr und die hohe Inflation ließen scheinbar keine andere Wahl. Über neue Spielräume durch ein anderes Besteuern von hohen Einkommen und Vermögen und das Abschaffen klimaschädlicher Subventionen denkt die Ampelregierung bisher nicht nach.

Kürzungen sind auch bei der Stipendienvergabe vorgesehen: Der Etat für den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) sinkt um 4,7 Mio. Euro, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AvH) erhält im Vergleich zum Vorjahr 2 Mio. weniger. Frust auch beim Haushaltsposten »BAföG«: 440 Mio. Euro weniger heißt es dort für Studierende. »Die Ampelkoalition hungert das BAföG systematisch aus, wenn sie die Bedarfssätze nicht an die galoppierende Inflation und die Preisexplosion auf dem Wohnungsmarkt anpasst«, meint Andreas Keller, stellvertretender GEW-Vorsitzender, dazu und fordert eine BAföG-Reform entsprechend dem Koalitionsvertrag.

Und wie reagiert die Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) auf all dies? Mit Schweigen und Schönrechnerei der Missstände (vgl. Haushaltsentwurf 2024, bmbf.de). Kolleck erhielt mit der Streichung der Fördergelder aus dem BMBF noch einen Hinweis: Ihre Studie zum Anstieg rechtsextremistischer Einstellungen unter jungen Erwachsenen, die auch Handlungsempfehlungen geben wollte, sei »nicht erwünscht«. Dazu passt eine weitere Kürzung: Die Bundeszentrale für politische Bildung erhält 2024 21 Mio. Euro weniger. Den Bundeshaushalt 2024 beschließt der Bundestag spätestens Ende des Jahres. Am 23. September haben wir auf der Straße die Gelegenheit zu sagen, was wir davon halten: »Bildungswende – JETZT!«

Dorothea Weniger

Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern
Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810
E-Mail: info@gew-bayern.de • gew-bayern.de • facebook.com/GEWBayern/
Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger *(dw)*, Neumarkter Str. 22, 81673 München
E-Mail: dorothea.weniger@gew-bayern.de
Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich *(ve)*, Kilian Gremminger *(kg)*, Wolfgang Häberle *(wh)*, Hannes Henjes *(hh)*, Eva Huber (eh), Karin Just *(kj)*, Petra Nalenz *(pn)*, Gele Neubäcker *(gn)*, Magnus Treiber *(mt)*, Chrissi Wagner *(cw)*, Wolfram Witte *(ww)*
Gestaltung: Karin Just
Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: Imago/Christian Mang
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎089 5029994
Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung
Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München
☎ 089 5029994, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.
Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.
Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.
Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.
Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

#Bildungswende – JETZT! Auf geht's, die GEW braucht dich am 23. September 2023!

Am 1. Juni 2023, dem Tag des Kindes, veröffentlichte ein breites Bündnis aus verschiedenen Organisationen den Appell »Bildungswende – JETZT!«, in dem es die Transformation des Bildungssystems hin zu einem inklusiven und nachhaltigen fordert. Die GEW Bayern war als Erstunterzeichnende dabei, der Appell wurde bundesweit von den Medien aufgegriffen und schaffte es auch in die großen Medienformate wie die Tagesschau.

Mehr zu Bildungswende – JETZT!

Um eine echte Bildungswende zu erreichen, braucht es eine Ausbildungsoffensive für Erzieher*innen und Lehrkräfte und ein entsprechendes Finanzierungspaket – wir fordern ein Sondervermögen für Bildung von 100 Milliarden Euro und mindestens zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung und Forschung. Zudem fordern wir einen nationalen Bildungsgipfel auf Augenhöhe mit allen, die in der Bildung arbeiten und lernen sowie mit den Eltern von Kindern und Jugendlichen. Die vom Bündnis gleichzeitig aufgesetzte Petition steuert derzeit auf die Marke von 50.000 Unterschriften zu.

Im Hintergrund laufen bereits Aktivitäten

In den letzten Wochen bildeten sich aus dem losen Zusammenschluss der beteiligten Organisationen eine bundesweite Organisationsstruktur und in den Bundesländern Aktionsgruppen heraus. Unser gemeinsames Ziel: Wir wollen die Forderungen des Appells am 23. September bundesweit auf die Straße bringen. Auch in Bayern sind wir aktiv. Neben der GEW schickten 21 bayerische Organisationen, darunter der DGB Bayern, Eine Schule für Alle e. V. und der Bayerische Elternverband, ihre Vertreter*innen in die Arbeitsgruppen. Für die Planung treffen wir uns regelmäßig in Videokonferenzen. Die GEW vertrete ich als Delegierter auch in der bundesweiten Delegiertengruppe.

Am 23. September finden nun in allen Bundesländern (!) Demonstrationen und Kundgebungen statt. In Bayern rufen wir in Erlangen und München zum Protest auf!

5 Minuten nach 12 Uhr in Sachen Bildung!

Wir meinen: Es ist 5 Minuten nach 12 Uhr in Sachen Bildung! Deshalb startet die Demonstration am 23. September in München auch um 12.05 Uhr am Königsplatz. Eltern, Schüler*innen, Studierende, Gewerkschafter*innen und alle weiteren von Bildung Betroffenen machen sich dann gemeinsam auf den Weg. Vor dem Kultusministerium fordern wir dann lautstark: »Bildungswende – JETZT!«

Die GEW Bayern ruft landesweit zur Demonstration nach München auf, einige Bezirke organisieren bereits Bus- oder Bahnfahrten. Informiere dich am besten bei deinem Bezirks- oder Kreisverband, wenn du dabei sein möchtest. Denke auch daran, dein Kollegium, deine Geschwister, deine Freund*innen und die Großeltern mitzubringen. Bildung geht uns alle an!

Wer nicht nach München kommen kann, kann in Erlangen ein solidarisches Zeichen setzen. Dort findet um 11 Uhr eine Kundgebung am Schlossplatz statt. Die große Chance, für die Bildung gemeinsam auf die Straße zu gehen, sollten wir unbedingt nutzen! Ich freue mich, euch zu sehen!

von Florian Kohl
stellvertretender Vorsitzender der GEW Bayern

Weitere Infos:
bildungswende-jetzt.de und gew-bayern.de

Material zur Mobilisierung findest du hier:
bayern.bildungswende-jetzt.de

Die **Petition** »#Bildungswende JETZT! 4 Forderungen für ein zukunftsfähiges Bildungssystem!« kannst du hier unterschreiben: change.org

Armut von Studierenden und BAföG-Misere nicht länger hinnehmen

Dass Studierende finanziell nie besonders gut gestellt waren, ist nicht neu. Aktuell nimmt studentische Armut aber eine neue Dimension an und immer mehr Studierende sind davon betroffen. Schuld daran hat auch die fortdauernde BAföG-Misere. Die Gründe sind aber vielfältig. Vielen davon könnte politisch begegnet werden. Doch vielfach bleibt es bei Versprechungen. Engagierte Studierende nehmen das nicht länger hin und ergreifen die Initiative.

Mehr als ein Drittel aller Studierenden lebt in Armut oder ist mindestens »armutsgefährdet«. Das skandalisierte schon im vergangenen Jahr der Paritätische Wohlfahrtsverband. Auch die Zahlen der vom Deutschen Studierendenwerk gerade veröffentlichten 22. Sozialerhebung zur Situation der Studierenden bestätigen das nochmals. Und die Zahl der Betroffenen wird immer größer.

Die Sozialerhebung zeigt auch, dass es finanziell immer größere Unterschiede zwischen den Studierenden gibt. Während einige über 1.000 Euro im Monat verfügen, die gerade in großen Städten und in Zeiten der Inflation immer noch kein entspanntes Leben ermöglichen, haben andere nicht einmal 500 Euro monatlich. Ein eigenständiges Leben ist damit nicht möglich. Aus den aktuell veröffentlichten Daten geht zwar noch nicht deutlich hervor, wie diese Studierenden wohnen. Wir vermuten aber, dass ein Großteil wahrscheinlich keine eigenen Mietkosten hat und wohl bei den Eltern oder anderen Bezugspersonen wohnt. Dabei sollte das Studium doch die Zeit sein, in der Studierende ihr eigenes Leben aufbauen und sich von den Eltern lösen.

Die BAföG-Misere

Die Gründe für die immer schwieriger werdende soziale Situation der Studierenden sind vielfältig. Allen voran wäre da das marode BAföG-System. Wenn dieses endlich erneuert würde, könnte sich schon viel ändern. Denn während bei der Einführung des BAföG vor inzwischen über 50 Jahren gut 45 Prozent aller Studierenden BAföG erhalten haben – damals sogar als Vollzuschuss –, sind es heute gerade einmal noch 11 Prozent, die dann auch noch die Hälfte ihres BAföG später zurückzahlen müssen. Von diesen 11 Prozent haben 2020 nur gut 40 Prozent den

BAföG-Höchstsatz bekommen. Damit wird deutlich: Wer heute BAföG bezieht, muss wirklich arm sein. Dabei sollte das BAföG auch mal die Mittelschicht erreichen. Unter den fast 89 Prozent der Studierenden, die kein BAföG beziehen, sind viele, die schon vor der finanziellen Prüfung keinen Anspruch auf BAföG haben, weil sie entweder internationale Studierende sind oder schon an einer der anderen formalen Hürden scheitern, weil sie z. B. den Studiengang gewechselt haben oder über der Regelstudienzeit liegen.

Und ja, auch bei seiner Einführung war die Höhe des BAföG alles andere als luxuriös. Heute reicht aber selbst der Höchstsatz nicht mehr aus, um sich damit komplett zu finanzieren. So muss ein großer Teil der BAföG-Empfänger*innen, wie auch rund zwei Drittel aller Studierenden, neben dem Studium arbeiten. Über 60 Prozent aller Studierenden, die nebenher jobben, sind auf dieses Geld übrigens angewiesen, um überhaupt über die Runden zu kommen. Die anderen verdienen sich mit ihrer Arbeit den »Luxus« wie neue Kleidung oder, wenn es gut läuft, tatsächlich mal ein paar Tage Urlaub. BAföG als Instrument für Chancengerechtigkeit war also einmal. Gerade während der Coronapandemie hat eine große Zahl der Studierenden ihr Studium aufgegeben, für viele spielte die finanzielle Situation eine große Rolle dabei. Insbesondere übrigens für Kinder aus Nichtakademikerhaushalten, was soziale Ungleichheiten zusätzlich verstärkt.

Im vergangenen Jahr schien es, als ob die Bundesregierung erste Schritte macht, um das BAföG wieder zukunftsfähig zu machen. Besser, sie hat es versucht. Denn die BAföG-Sätze waren sowieso einfach viel zu niedrig und die finanzielle Anpassung der Sätze war längst überfällig. Davon abgesehen sollte auch der neue BAföG-Höchstsatz unterhalb der Armutsgrenze liegen und die Erhöhung die hohe Inflation des letzten Jahres nicht ausgleichen. Das Fraunhofer-Institut hat in seinen ersten Analysen sogar prognostiziert, dass die Reform nicht für mehr BAföG-Beziehende sorgen wird – im Gegenteil. Laut den ersten Prognosen werden die Zahlen der BAföG-Beziehenden trotz der Anpassungen im letzten Jahr sogar weiter sinken. Und jetzt soll der Bundeshaushalt des kommenden Haushaltsjahres ausgerechnet auch beim BAföG gekürzt werden. Für 2024 sind im Vergleich zu 2023 ca. 500 Millionen Euro weniger für das BAföG und über 200 Millionen weniger für das Schüler*innen-BAföG vorgesehen.

Die so lang und breit immer wieder angekündigte und dringend überfällige Strukturreform des BAföG lässt sich so nicht finanzieren und wird wohl weiter ausbleiben – und damit auch die Hoffnung vieler Studierender darauf, dass sich ihre prekäre Situation bald bessern könnte.

Was eine strukturelle Reform des BAföG leisten müsste

Wie eine Rundumerneuerung aussehen könnte und müsste, damit das BAföG wirklich wieder zu einem Instrument für mehr Chancengerechtigkeit wird, haben wir als bundesweite Studierendenvertretung in unserer Kampagne »50 Jahre BAföG – (K)ein Grund zu feiern!« (bafoeg50.de) gemeinsam mit vielen Partner*innen aufgezeigt.

Das BAföG muss endlich elternunabhängig werden, denn Bildungschancen dürfen eben nicht vom Elternhaus abhängig sein. Es darf nicht nötig sein, Eltern verklagen zu müssen oder Kontakt mit einem Elternteil, mit dem man keinen Kontakt möchte, aufnehmen zu müssen, um einen Anspruch auf BAföG zu bekommen. Bei seiner Einführung war das BAföG mal ein Vollzuschuss. Dahin müssen wir zurückkommen, denn der aktuelle Verschuldungszwang trotz BAföG schreckt gerade potenzielle Studierende aus Nichtakademikerhaushalten ab, das zeigen Erhebungen.

Außerdem bildet die aktuelle Förderlogik studentische Realitäten einfach nicht ab und schließt schon dadurch viele Studierende aus. Ein Studium in Regelstudienzeit ist eben nicht die Regel. So schließt nur ein Drittel aller Studierenden ihr Studium in Regelstudienzeit ab. Also sollte das BAföG auch nicht nur bis zum Ende der Regelstudienzeit gezahlt werden. Studiengangwechsel sind nicht ungewöhnlich. Trotzdem bekommen Studierende aktuell nach einem späten Studiengangwechsel in der Regel kein BAföG mehr. Auch das muss sich ändern. Und das ist erst der Anfang.

Die frisch veröffentlichte 22. Sozialerhebung zur Situation der Studierenden zeigt auch, dass das Thema Wohnen ein immer schwierigeres wird. 360 Euro sieht der neue BAföG-Satz für Wohnen vor. Die Sozialerhebung zeigt aber, dass Studierende schon im Durchschnitt über 400 Euro für das Wohnen ausgeben – abgesehen von Städten wie München, Berlin oder Hamburg. Selbst Plätze in Studierendenwohnheimen liegen inzwischen teilweise über dem BAföG-Satz und ohnehin können dort im bundesweiten Durchschnitt nicht einmal 10 Prozent aller Studierenden unterkommen, alle anderen müssen sich bei immer weiter explodierenden Preisen auf dem sogenannten freien Mietmarkt durchsetzen. Mit geringem Einkommen ist das keine leichte Aufgabe. Es braucht also mehr bezahlbaren Wohnraum für alle, auf den dann auch Studierende zugreifen können.

Zur Armutssituation von Studierenden gehört auch die prekäre Lage der studentischen Hilfskräfte. Unter den schon erwähnten etwa zwei Drittel aller Studierenden, die neben dem Studium arbeiten, sind auch einige, die als studentische Hilfskräfte an den Hochschulen angestellt sind. So sammeln sie wichtige Erfahrungen in ihrem Studienfeld. Schlechter Verdienst und schlechte Arbeitsbedingungen, wie in vielen Teilen der Wissenschaftswelt, sind auch bei ihnen gegeben. Das hat auch damit zu tun, dass es für sie, außer in Berlin, keinen Tarifvertrag gibt. Die Initiative TVStud kämpft darum schon seit Jahren für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte. Im Herbst steht wieder die Tarifrunde der Länder (TV-L) an. Diesmal lautet das Motto »Jetzt oder nie!«. Diesen Kampf gilt es im Herbst laut und deutlich zu unterstützen, um bessere Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte zu erstreiten.

All das bietet nur einen Ausschnitt dessen, wie es Studierenden gerade geht und was nötig wäre, um die Situation wieder zu verbessern. Es gibt viel zu tun. Aber es lohnt sich. Also lasst uns gemeinsam weiter für eine Verbesserung der sozialen Situation der Studierenden kämpfen.

von Lone Grotheer
Referentin für BAföG und studentisches Wohnen im freien zusammenschluss von student*innenschaften (fzs)

Foto: IMAGO / Christian Mang

Tarifvertrag für studentische Beschäftigte

Seit etwas mehr als zwei Jahren geistert durch GEW- und ver.di-Gremien die ominöse Forderung nach einem TVStud (tvstud.de). Doch was ist das? TVStud ist eine gemeinsame Kampagne der beiden Gewerkschaften und richtet sich an die studentischen Hilfskräfte in den Hochschulen.

Studentische Hilfskräfte (SHKs) sind überall im Hochschulalltag anzutreffen. Sie scannen für ihre Professorin einen Artikel oder lesen die Quellen im Aufsatz des Lehrstuhlinhabers Korrektur. In vielen Fachbereichen leisten sie durch die Leitung von Tutorien und Laborpraktika, Sprechstunden oder Korrekturen von Hausaufgaben einen unverzichtbaren Teil der universitären Lehre. Das herausstechende Merkmal studentischer Hilfskräfte ist, dass sie immatrikulierte Studierende sind und Aufgaben erledigen, die eng mit Forschung und Lehre verknüpft sind.

Doch warum ist diese Definition so wichtig? SHKs nehmen tariflich bislang eine Sonderstellung ein. Sie sind nach § 1 Absatz 3 Buchstabe c TV-L vom Tarifvertrag der Länder ausgenommen und verdienen an den meisten Hochschulen vor ihrem Bachelorabschluss nur den Mindestlohn. An dieser Stelle hakt TVStud ein: Die Aktivist*innen der Bewegung fordern die Aufnahme der studentischen Hilfskräfte in den Tarifvertrag der Länder (TV-L). Sie sind Angestellte des jeweiligen Bundeslandes, also auch des Freistaates Bayern. Deshalb müssen sie beim TV-L (mit)verhandelt werden.

Exkurs: Studentische Beschäftigte, die verwaltungstechnische Aufgaben übernehmen, müssten schon jetzt nach TV-L eingruppiert werden. Doch fast alle bayerischen Hochschulen begehen hier Tarifflucht, gegen die sich nur wenige wehren. Die studentischen Beschäftigten der Universitätsbibliothek Regensburg gingen 2018 dagegen vor: Erfolgreich erkämpften sie die Eingruppierung nach TV-L, mit Unterstützung der GEW-Rechtsabteilung und der lokalen GEW-Hochschulgruppe.

Warum ist ein Tarifvertrag wichtig?

Dass ein Tarifvertrag wirkt, zeigt der bislang bundesweit einmalige TVStud in Berlin[1], z. B. wenn es um die Länge der Laufzeit von Arbeitsverträgen geht. Während die Laufzeit im Bundesdurchschnitt bei knapp fünf Monaten (ein Semester) liegt, liegt sie in Berlin bei mindestens 14 Monaten. Der erste Fall mündet meist in sogenannte Kettenbefristungen oder in ein plötzliches Ende des Arbeitsverhältnisses. Für die Studierenden bedeutet dies ein Leben in großer Planungsunsicherheit. Auch bezüglich der Vergütung konnte bei der Neuverhandlung des TVStud Berlin 2018 eine deutliche Verbesserung erkämpft werden.

Die nächste Tarifrunde bietet eine historische Chance für die Eingruppierung studentischer Hilfskräfte in den TV-L: Durch die stete Arbeit der TVStud-Bewegung hielten bereits sechs Bundesländer die Tarifierung studentischer Beschäftigter in ihren Koalitionsverträgen fest, zwei sprechen sich für Verbesserungen aus und in Berlin existiert der Tarifvertrag bereits. Nachdem Hessen kein Mitglied in der Tarifgemeinschaft der Länder ist, steht es derzeit also neun zu sechs für einen studentischen Tarifvertrag.

Der Weg zum Tarifvertrag

Um tarifiert zu werden, sollten studentische Beschäftigte im Herbst streikfähig sein. Für alle Gewerkschaftsmitglieder wird im Rahmen des Arbeitskampfes dann auch Streikgeld gezahlt. Doch um streiken zu können, müssen noch die Zielzahlen der verhandlungsführenden Gewerkschaft, also ver.di, erreicht werden. Das bedeutet für die TVStud-Bewegung: Es müssen noch viele 1:1-Gespräche geführt sowie Tarifbotschafter*innen und neue Gewerkschaftsmitglieder gewonnen werden. Und es müssen noch viele die Onlinebefragung ausfüllen.[2]

Nachdem nun ver.di und GEW ihre Verhandlungskommissionen besetzt haben, wird jetzt vor allem online mobilisiert, um möglichst alle auf die Kam-

pagne aufmerksam zu machen, bevor es dann im Herbst in den Arbeitskampf geht. Ein Blick in die Gruppen zeigt: Die Bewegung ist auf dem besten Weg! Nach mehreren Semestern des Organizings ist TVStud bundesweit an vielen Hochschulstandorten vertreten.

Sollten studentische Beschäftigte nicht in den TV-L aufgenommen werden, bleibt: Über zwei Jahre lang setzten sich Studierende bundesweit mit Tarifpolitik auseinander, sie machten sich mit dem Organizing-Ansatz vertraut und erlernten ein Bewusstsein für ihre Position. Viele organisierten sich hier zum ersten Mal, hoffentlich wird ihr Einsatz von Erfolg gekrönt.

von Lea Dahms
Mitglied im Landesvorstand der GEW Bayern
Aktivistin bei TVStud Passau

1 Dieser Tarifvertrag wurde 1968 erstmals erkämpft und hat eine turbulente Geschichte, die Interessierte hier nachlesen können: Gerold Büchner: Bis hierher und nicht weiter: der Berliner Tutorenstreik 1986. Hamburg, VSA-Verlag, 1986. Celia Bouali u.a. (Hg.): Ohne uns läuft hier nix! Der Arbeitskampf der studentischen Beschäftigten in Berlin. Hamburg, VSA-Verlag, 2019

2 Das Befragungstool findet ihr hier: tarifrebellion.de/Forderungsfindung_tvstud_2023

zur Diskussion ... zur Diskussion ... zur Diskussion ... zur Diskussion

GEW-Studis in Würzburg setzen auf TVStud

Die Missstände an der Universität sind unübersehbar: Im Mittelbau belasten u. a. Publikationsdruck, Teilzeitstellen, das Befristungsunwesen und die hohe Arbeitslast die Mitarbeitenden. Doch auch wir Studierende haben es nicht leicht: Das Leben wird immer teurer und viel Geld in der Tasche hatten wir noch nie. Die Frage, was die Aufgabe der GEW-Studis in dieser Tarifrunde (TV-L) ist, ist also nicht leicht zu beantworten. Da sich aber für eine große Personengruppe an der Universität gerade jetzt eine historische Chance bietet, möchte ich den Fokus auf sie richten: die studentischen Beschäftigten.

Laut einer Studie des Instituts Arbeit und Wissenschaft[1] rutschen studentische Beschäftigte oft ins Prekariat. Viele von ihnen leiden unter nicht bezahlten Überstunden und unter Befristungen, die längerfristige Planungen unmöglich machen. Zudem reichen die Löhne kaum, um sich das Studium zu finanzieren. Außerdem geben in 13 (!) Bundesländern mindestens 30 Prozent der

Foto: IMAGO / Christian Mang

studentischen Beschäftigten an, dass sie neben dem Uni-Job gleichzeitig einer weiteren Beschäftigung nachgehen müssen. Von Vollzeitstudium also keine Spur! Wenn Studierende einen großen Teil ihrer vorlesungsfreien Zeit mit Arbeiten verbringen müssen, um überleben zu können, dann klingt dies nach allem, aber nicht nach einer entspannten Lernatmosphäre. Der Abschluss eines TVStud wäre also ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Der Kampf um ihn ist also mit Blick auf den Herbst wohl unsere wichtigste Aufgabe. Wir hier in Würzburg nehmen ihn auf. Wir wollen mit den Studierenden ins Gespräch kommen, und zwar von Studi zu Studi. Unser Angebot für einen Ausweg aus der Misere: ein Tarifvertrag für studentische Beschäftigte! Er wäre eine erste Würdigung der Arbeit, die Studierende an Unis leisten!

von Jonas Keim
Mitglied der GEW-Hochschulgruppe Würzburg

1 Studentische Beschäftigte arbeiten wochenlang ohne Bezahlung. ver.di und GEW stellen Ergebnisse der Studie „Jung, akademisch, prekär?“ vor. gew.de v. 20.1.2023 inkl. Download der Studie

TVStud-Bewegung sollte gesamtgesellschaftliche Sorgen mitdenken

Auch wir in München wenden die Organizing-Methode an, doch sehen wir auch ganz klar die Grenzen dieses Ansatzes. Die Gesprächsbogen sind in der Praxis zwar tatsächlich ein sehr gutes Instrument, um mit bisher noch unbekannten Kolleg*innen ins Gespräch zu kommen. Fast alle von ihnen reagieren sehr positiv auf die Ansprache, füllen das Formular aus und berichten über ihre Arbeitserfahrungen. Eine Hürde beim Aufbau einer machtvollen Gegenwehr ist aber der unserer Ansicht nach unpolitische Charakter der Kampagne. Es geht nicht wirklich darum, über Diskussionen eine gemeinsame Strategie mit kollektiv entworfenen Forderungen zu etablieren. Die Methode wird vielmehr ohne Einordnung in größere gesamtpolitische Zusammenhänge angewendet. So dienen Strukturaufbautreffen nicht der politischen Diskussion, sondern eben nur der Optimierung der Ansprache. Dieses Fehlen

Foto: IMAGO / Christian Mang

an politischen Diskussionen verhinderte, dass die Kampagne im Sommersemester richtig ins Rollen gekommen ist. Es wurden zwar bundesweit über 1.000 neue Kontakte geknüpft, sichtbare politische Aktivität fehlt aber vielerorts.

In München versuchten wir mit politischen Teach-ins, über die Organizing-Methode hinauszugehen. In Seminaren diskutierten wir beispielsweise über die Sparmaßnahmen der Bundesregierung, die nicht nur dem Bildungs-, sondern auch dem Gesundheitssektor sowie der öffentlichen Infrastruktur die Gelder entzieht, während mit dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro in hohem Maß in die Bundeswehr investiert wird. Dieser Entwicklung sind aktuell auch die Kürzungen bei der Kindergrundsicherung (10 Milliarden Euro weniger als geplant) und beim BAföG geschuldet. Laut Finanzminister Lindner (FDP) werden hier ab nächstem Jahr 400 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen. Wir dürfen nicht naiv sein. 100 Milliarden Euro werden nicht ausgegeben, damit schweres Kriegsgerät nur herumsteht und rostet. Die Regierung bereitet sich darauf vor, Krieg im Eigeninteresse zu führen und lässt uns dafür zahlen – und der Union geht das noch nicht einmal weit genug.

Leider gibt die bundesweite TVStud-Kampagne auf diese sozialen Angriffe und die einhergehende Militarisierung, die direkt die Lebensgrundlagen der Jugend und der Studierenden betrifft, keine Antwort.

von Kilian Gremminger
Mitglied der GEW-Hochschulgruppe München

Alle Texte zu TVStud, inklusive Langversion.

Diese Tarifrunde geht uns Studis was an!

Wir wollen sie in die Unis tragen und dafür brauchen wir DICH!
Komm zum Online-Auftakttreffen der GEW-Studis zur TV-L-Runde

am 23.10. um 19.00 Uhr!

Dort wollen wir die Diskussion weiterführen, lokale Aktionen planen und koordinieren.
Du musst noch keine Ahnung von Tarifarbeit oder Hochschulpolitik haben,
neue Gesichter sind ausdrücklich erwünscht!
Teilnahmelink:
https://uni-passau.zoom.us/j/64389132516

Sicherheitssoftware im Hochschulbereich – Fluch oder Segen?

Foto: IMAGO / imagebroker

Hochschulen werden von digitalen Angriffen nicht verschont. Sind derartige Attacken erfolgreich, können Verwaltungsunterlagen ebenso verloren gehen wie die Ergebnisse langjähriger Forschung. Wird zur Abwehr von digitalen Angriffen Sicherheitssoftware eingesetzt, wirft dies arbeitsrechtliche Fragen auf.

Kehrseite der fortschreitenden Digitalisierung aller Lebensbereiche ist die zunehmende Zahl krimineller Angriffe, bei denen Daten gestohlen oder verschlüsselt werden. Den Betroffenen wird anschließend oft ihre Rückgabe oder Wiederherstellung gegen Lösegeld angeboten. Gehalten wird dieses Versprechen allerdings nur selten. Durchgeführt werden diese Angriffe beispielsweise per E-Mail, die scheinbar von Absender*innen aus der eigenen Hochschule kommen und denen ein Anhang beigefügt ist. Wird dieser geöffnet, nimmt das Unheil im Hintergrund seinen Lauf.

Die Möglichkeit derartiger digitaler Attacken wurde schon lange prognostiziert.[1] Auf die Etablierung wirksamer Schutzmaßnahmen wurde hingegen vielfach verzichtet. Dies ändert sich angesichts zahlreicher Berichte über erfolgreiche Angriffe gerade grundlegend. Deshalb wird auch im Hochschulbereich immer öfter spezielle Schutzsoftware eingesetzt, mit der die gesamte digitale Kommunikation überwacht wird und die verdächtige Daten erkennen soll. Von dieser Überwachung werden vielfach alle vorhandenen Daten und Dateien erfasst, also auch vertrauliche oder persönliche Unterlagen von Hochschulangehörigen sowie Studierenden. Fällt der Software etwas »Verdächtiges« auf, zeigt sie dies an. In der Regel führt dies dann dazu, dass IT-Beschäftigte Einblick in die verdächtigen Dateien nehmen. Dabei lässt sich zumeist auch erkennen, durch wen ein Angriff ausgelöst wurde. Dies kann im Einzelfall dazu führen, dass den Verursacher*innen arbeitsrechtliche Konsequenzen drohen können.

Verhältnismäßigkeit von Schutzmaßnahmen

Hochschulen sind als datenschutzrechtliche »Verantwortliche« verpflichtet, personenbezogene Daten zu schützen. Art. 3 Abs. 1 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) verweist diesbezüglich auf die Europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Art. 32 DSGVO verpflichtet Verantwortliche zur Umsetzung technischer und organisatorischer Sicherheitsmaßnahmen, zu denen der Einsatz von Sicherheitssoftware gehören kann.

Diese Sicherungspflichten können aus arbeitsrechtlicher Sicht mit Persönlichkeitsrechten der Beschäftigten kollidieren. Um diese Rechte zu wah-

ren, muss bezogen auf den Einsatz von Sicherheitssoftware im Rahmen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung beispielsweise bewertet werden, ob diese Systeme auch auf persönliche Unterlagen, auf individuelle Forschungsergebnisse oder auf nach Art. 9 DSGVO Gesundheitsdaten zugreifen dürfen. Wird diese Zulässigkeit im Rahmen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung nicht bestätigt, bleibt der Sicherheitssoftware sowie nachfolgend IT-Mitarbeiter*innen der Zugriff auf die entsprechenden Daten verschlossen.

Haftung

Wenn Arbeitgeber Beschäftigten für den Umgang mit digitalen Medien und Geräten Anweisungen erteilen oder es hierfür allgemeine Richtlinien wie etwa ein Verbot der Nutzung privater Datenträger oder Endgeräte gibt, müssen Beschäftigte dieses beachten. Gleiches gilt für verbindliche Verhaltensregeln zum Umgang mit elektronischen Netzen, durch die etwa der Zugriff auf als unsicher gekennzeichnete Internetseiten verboten wird. Verstöße gegen derartige Vorgaben können arbeitsrechtliche Maßnahmen bis hin zu Abmahnungen und Kündigungen nach sich ziehen. Zudem riskieren Beschäftigte, die sich nicht an derartige Vorgaben oder Verbote halten, dass sie zum Ersatz von Schäden herangezogen werden, die sie verursacht haben.

Eine unbegrenzte Haftung von Beschäftigten für Schäden im arbeitsrechtlichen Bereich, die sie verursacht haben, besteht bei vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Handlungen. Diese Voraussetzung kann beispielsweise erfüllt sein, wenn Sicherheitsvorkehrungen gezielt ausgeschaltet oder umgangen werden oder bei Missachtung eindeutiger Warnhinweise, die den Zugriff auf dubiose Internetseiten verbieten. Unterhalb dieser Schwelle gibt es eine anteilige Haftung von Beschäftigten, die allerdings durch Rechtsprechung auf mehrere Monatsgehälter beschränkt wird, beim Vorliegen einer »mittleren Fahrlässigkeit«. Diese kann bestehen, wenn Beschäftigte Sorgfaltspflichten in einem ungewöhnlich hohen Maß nicht beachten, etwa durch die Verwendung eines mit einem verdeckten Schadprogramm »infizierten« privaten Datenträgers trotz eines diesbezüglich bestehenden Verbots. Keine Schadenersatzpflicht besteht bei »leichter Fahrlässigkeit«, beispielsweise wenn in einer hektischen Arbeitssituation versehentlich ein Anhang angeklickt statt gelöscht wird.

Persönlichkeitsrecht

Der Einsatz von Sicherheitssoftware darf Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten von Beschäftigten und insbesondere deren Persönlichkeitsrecht nicht unzulässig beeinträchtigen. Haben Arbeitgeber bezüglich technischer und organisatorischer Schutzmaßnahmen Handlungsalternativen, müssen sie die Variante wählen, die so wenig wie möglich in das Persönlichkeitsrecht von Beschäftigten eingreift. Wirtschaftliche Aspekte dürfen bei der Auswahlentscheidung keine maßgebliche Rolle spielen.

Der Einsatz von Sicherheitssoftware muss stets datenschutzkonform sein. Es müssen insbesondere die in Art. 5 Abs. 1 DSGVO enthaltenen Grundsätze eingehalten werden. Dies führt dazu, dass Sicherheitssoftware nur für klar umrissene Kontrollzwecke verwendet werden darf, die Betroffenen bekannt sein müssen. Dies schließt beispielsweise den Einsatz von Programmen zur präventiven Bewertung des möglichen Verhaltens von Beschäftigten aus.

Der Einsatz von Sicherheitssoftware im Hochschulbereich steht individuellen Sicherheitsmaßnahmen von Forschenden zum Schutz ihrer Daten nicht entgegen. Sie können beispielsweise mögliche Einblicke in ihre Dateien durch den Einsatz von Verschlüsselungssoftware ausschließen.

Mitbestimmungsrechte

Da Sicherheitssoftware standardmäßig darauf abzielt, Verhalten von Beschäftigten zu analysieren, können Personalräte ihr bestehendes Mitbestimmungsrecht nutzen, um unverhältnismäßige Kontrollverfahren zu verhindern. In Dienstvereinbarungen sollten sie den Umfang notwendiger Kontrollen auf das erforderliche Minimum begrenzen und den Prozess einer persönlichen Einsichtnahme in »Alarmfällen« festlegen.

Fazit

Der Einsatz von Sicherheitssoftware zum Schutz vor digitalen Angriffen wird im Hochschulbereich zunehmen. Beschäftigte können aber besonders schutzbedürftige eigene dienstliche Unterlagen oder Forschungsdaten durch Verschlüsselungsverfahren gegen eine Einsichtnahme sichern und durch eigene Back-up-Maßnahmen vor Verlust schützen. Das erfordert zwar eigene Aktivitäten, rentiert sich aber spätestens nach einem erfolgreichen Angriff.

von
Prof. Dr. Peter Wedde
Prof. em. Frankfurt University of Applied Sciences und wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Datenschutz, Arbeitsrecht und Technologieberatung d+a consulting GbR

1 Vgl. zur Bewertung in den 80er-Jahren ausführlich Roßnagel, Alexander/Wedde, Peter/Hammer, Volker/Pordesch, Ulrich: Die Verletzlichkeit der Informationsgesellschaft. 2. Auflage, Opladen 1989. Download: kobra.uni-kassel.de (Abrufdatum 27.7.2023).

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

Gunzenbachstr. 8
76530 **Baden-Baden**

www.leisberg-klinik.de

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen

Foto: IMAGO / photothek

Mit der Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes am 25. Juli 1988 wurde das Amt der Frauenbeauftragten für das weibliche wissenschaftliche Personal und für Studentinnen an bayerischen Hochschulen eingeführt (Art. 4 Abs. 2). Prof. Dr. Isabella von Treskow (Foto), die Universitätsfrauenbeauftragte der Universität Regensburg, ist eine von ihnen. Mit ihr sprach Kilian Gremminger von der DDS-Redaktion.

Foto: Pressestelle Universität Regensburg

DDS: Was motivierte Sie, Universitätsfrauenbeauftragte an der Universität Regensburg werden zu wollen?

Prof. Dr. Isabella von Treskow: Die Funktionen und Aufgaben der Frauenbeauftragten an Universitäten bieten Möglichkeiten, die zum einen allen zugutekommen, weil sie das partizipative Miteinander voranbringen, und zum anderen besonders Wissenschaftlerinnen und Studentinnen, für die sie im Besonderen zuständig sind. Gestalten statt verwalten: Das hat mich motiviert. Tatsächlich ist in den letzten Jahren – und nicht erst mit Beginn meiner Amtszeit – an der Universität Regensburg sehr viel passiert, es sind wichtige Schritte gegangen und viele Prozesse gemeinsam rund um die »tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern« angestoßen worden. Diese Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist ein Ziel aller bayerischen Universitäten. Die jeweilige Frauenbeauftragte unterstützt die Universität darin, dieses Ziel zu erreichen. Getragen wird die Umsetzung der Aufgaben von einem Team und den Kolleg*innen, ohne die es nicht ginge: Das sind die Mitarbeiterinnen der Koordinationsstelle Chancengleichheit, die Antidiskriminierungsstelle, der Familien-Service und die stellvertretenden Universitätsfrauenbeauftragten. Darüber hinaus arbeiten wir mit den Frauenbeauftragten der Fakultäten und der Vizepräsidentin für Diversity eng zusammen. Die Aufgabe macht mir Freude und die Erfolge sind sichtbar.

Wie sieht Ihr Alltag als Frauenbeauftragte aus?

Es gibt wohl keinen »Alltag« einer Frauenbeauftragten, so wenig wie es einen »Alltag« einer Professorin gibt. Die Spannbreite der Aufgaben ist sehr groß – sie reicht von Einzelgesprächen mit Studierenden und mit Mitgliedern der Universität in so gut wie allen Bereichen bis hin zur Konzeption neuer Strategien und Sitzungen der wichtigsten Gremien. So treffen sich die Universitätsleitung, der Universitätsrat, das Kuratorium, der Senat, die Konferenz der Frauenbeauftragten der Universität Regensburg, die erweiterte Universitätsleitung, die Landeskonferenz der Frauenbeauftragten, die Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten und viele weitere Gremien und Gruppen regelmäßig, wenn auch nicht jede Woche. Der Alltag ist also sehr bunt, denn die Aufgaben und das Handlungsspektrum sind jedes Mal andere.

Welches frauenpolitische Thema steht bei Ihnen ganz oben auf der Agenda und wieso?

Das Hauptthema der letzten Jahre war die Erhöhung des Anteils an Professorinnen. Hier ist viel geschehen, der Einsatz aller trägt Früchte. An erster Stelle steht jetzt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in unserem Fall also von Familie, Mutterschaft und Wissenschaft. Festzustellen ist die unterschiedliche Belastung der Personen, die in der Wissenschaft tätig sind. Familienaufgaben werden unbestreitbar mehr von Frauen übernommen, auch an unserer Universität. Die Care-Arbeit verlangt uns Wissenschaftlerinnen sehr viel ab: Organisation, Zeiteinteilung, menschliche Zuwendung auch in schwierigen

Fällen … Mit all dem ist umzugehen. Die Sorge um sich selbst darf aber nicht auf der Strecke bleiben, genauso wenig wie der Wunsch, intensiv Wissenschaft zu betreiben. Hier fehlt es – meines Erachtens bayernweit und wahrscheinlich sogar deutschlandweit – an Wahrnehmung und an stärkeren Ausgleichsmaßnahmen. Auch die hohe Belastung von Wissenschaftlerinnen aufgrund ihrer Mitarbeit in Gremien ist ein Thema. Paradoxerweise sollen alle ungeachtet des Geschlechts in Gremien und Funktionen Verantwortung übernehmen, aber für Wissenschaftlerinnen auf den verschiedenen Karrierestufen bis hin zur Professur bedeutet dies oft eine Mehrbelastung im Vergleich zu Wissenschaftlern. Wir sehen aber Licht am Ende des Tunnels, denn es kommen, wie gesagt, mehr und mehr Wissenschaftlerinnen an die Uni. Dies hilft bei der Suche nach dem Ausgleich.

Welche arbeitseinschränkenden Hürden begegnen Ihnen an der Universität?

In meiner doppelten Funktion als Professorin, Inhaberin des Lehrstuhls für Französische und Italienische Literatur- und Kulturwissenschaft sowie als Universitätsfrauenbeauftragte werden mir keinerlei Hürden in den Weg gelegt. Wohl gibt es angesichts der Dynamik regelmäßig so viel zu tun, dass es manchmal schwierig ist, allem gleichermaßen gerecht zu werden. Daher muss ich Dinge strikt sortieren und priorisieren.

Nehmen wir einmal an, Sie könnten von heute auf morgen eine ganz bestimmte Sache an Ihrer Uni ändern, welche wäre es und warum?

Ich würde sofort die Zahl der Frauen erhöhen, die in wichtigen Ämtern und Gremien eine hörbare Stimme haben, und diese Stimme auch stärken. Das gilt nicht nur für Professorinnen, sondern für Frauen auf allen Stufen ab Studienbeginn. Frauen müssen überall genauso selbstverständlich dabei sein, als Vorsitzende und Sprecherinnen gewählt werden, und auch nicht als einzige, sondern mit Stellvertreterinnen. Es muss aufhören, dass in den sichtbaren und strategischen Gremien ein extremes Ungleichgewicht herrscht, und Studierende und Wissenschaftlerinnen auf dem Karrierepfad müssen sehen, dass sie genauso gefragt sind – und gefragt werden – wie ihre männlichen Kommilitonen und Kollegen. Es geht nicht um eine Pflichtquote, aber es muss doch ein erhebliches Maß an Umdenken passieren. Das letzte Wort ist hier noch nicht gesprochen. Frauen können sich da sehr viel mehr zutrauen. Zur praktischen Umsetzung gehört dann der Ausgleich, wenn Familienpflichten dazu kommen. Aber diese dürfen wiederum auch nicht als Ausrede gelten, wenn beispielsweise Männer die Hand angeblich schützend über Frauen halten. Die Änderung dieses Ungleichgewichts wäre das nächste »To-do«.

Frau von Treskow, vielen Dank für das Gespräch.

Leser*innenbriefe … Leser*innenbriefe … Leser*innenbriefe …

Leser*innenbrief zu »Linke Identitätspolitiken«, DDS Mai 2023, S. 19

Identitätspolitik – ein Thema mit Fallen

Die Autor*innen Lea Susemichel und Jens Kastner haben recht: Identitätspolitik ist keine abstrakte Spinnerei (Wagenknecht). Auch kein Gegensatz zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit. Sie ist aber auch nicht »links«. Der Kampf gegen kollektive Diskriminierung aufgrund einzelner Identitätsmerkmale ist, wie eine geschlechtergerechte Sprache, eine Verpflichtung aus den Menschenrechten und dem Grundgesetz. Das Problem liegt in dem ungeheuer komplexen Begriff »menschliche Identität« und den damit verbundenen unzähligen Merkmalen. Zu oft tappen wir in die Falle: Wir tun in diesem gut gemeinten Kampf genau das, was die Diskriminierer*innen tun. Wir selbst reduzieren betroffene Menschen leicht und oft auf eben dieses eine Merkmal, sehen sie nicht mehr als Individuen mit ungezählten Merkmalen, sondern nur noch als »der*die« diskriminierte Schwarze, »die« Frau, »die« Kopftuchträgerin, »den« Juden, »den« Moslem, »den« Menschen mit Behinderung, »den« queeren Menschen etc. Eben weil wir ihn*sie in diesem speziellen Punkt »schützen« wollen. In ihrem Buch »Sprache und Sein« spricht Gümüsay Kübra u. a. von den »Benennenden« (das wären auch wir) und den »Benannten«, den wegen eines Merkmals Diskriminierten, die »Gegenstand« unseres schützenden Eifers werden. Und genau dadurch auch von uns in ihrer Identität »vereinseitigt« werden. Gümüsay selbst fühlt sich, auch von den »Schützer*innen«, nicht als »Kübra«, sondern als Kopftuch tragende Muslimin wahrgenommen. Hüten wir uns also vor Oberflächlichkeit und Einseitigkeit.

von Fritz Köbler

Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter AJuM.de (Datenbank) oder unter LesePeter.de.

Im September 2023 erhält den LesePeter das Kinderbuch

Cornelia Franz (Text)
Petra Bean (Illustrationen)
Wildesland

Gerstenberg • Hildesheim 2023 • 144 S. • 15,00 EUR • ab 10 Jahre • ISBN : 978-3-8369-6185-1

Eigentlich wollten Matthis und seine Familie den Sommerurlaub in Norwegen verbringen. Doch schon auf der Fahrt kommt es zu einem schlimmen Streit. Die Eltern werfen den rebellischen Protagonisten aus dem Auto und auf einmal findet er sich inmitten der Wälder alleine (mit seiner Hündin) wieder. Die Eltern und der kleine Bruder sind verschollen. Dafür taucht im Wald plötzlich ein Mädchen auf … Ein poetisch erzählter Abenteuerroman und zugleich eine kinderliterarische Hommage an die Natur.

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Sozial- und Kulturanthropologie zum geplanten Forschungsdatengesetz

Im Januar 2020 durchsuchte das Bayerische Landeskriminalamt das Büro des Rechtspsychologen Prof. Dr. Mark Stemmler an der Universität Erlangen-Nürnberg. Dieser hatte im Rahmen eines Forschungsprojekts vertrauliche Gespräche mit inhaftierten Jihadis geführt. Trotz seines Protests beschlagnahmten die Beamt*innen Interviewaufzeichnungen und identifizierende Informationen. Es gibt bislang keine rechtlichen Möglichkeiten, wissenschaftliche Daten wirksam vor behördlichen Zugriffen zu schützen.[1] Im Rahmen einer öffentlichen Konsultation des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) konnten sich wissenschaftliche Fachgesellschaften nun zum geplanten Forschungsdatengesetz äußern. Hier die Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Sozial- und Kulturanthropologie e. V. (DGSKA) vom April 2023 im Original. Die Auswertung der Konsultation ist noch nicht abgeschlossen.[2]

Die Sozial- und Kulturanthropologie ist eine empirische, qualitativ-ethnographisch forschende Disziplin. Im Mittelpunkt ihrer Forschungen stehen sehr häufig prekäre und marginalisierte sowie auch rassifizierte Personen und Gruppen, die durch die Erfahrung sozialer und politischer Ungleichheit geprägt sind. Daher erfordert die Zusammenarbeit mit diesen teilweise hochgradig benachteiligten Personen den Aufbau und die dauerhafte Aufrechterhaltung eines belastbaren Vertrauensverhältnisses. Dieses ist zentral für die gemeinsame Wissensgenerierung, die auf »informed consent« basiert, d. h. auf der expliziten Zustimmung der betreffenden Personen, an einem Forschungsprojekt mitzuwirken, einschließlich einer möglichst umfassenden Aufklärung über die beabsichtigte Verwendung der Daten und den Zweck der Forschung.

Nur durch die Zusicherung uneingeschränkter Vertraulichkeit kann ein für die ethnographische Forschung unabdingbares Vertrauensverhältnis etabliert werden und längerfristig Bestand haben. Es muss daher sichergestellt sein, dass weder staatliche Institutionen noch andere Organisationen oder Personen Zugriffsrechte auf die erhobenen Daten haben. Auch eine staatliche Beschlagnahmung der Forschungsdaten muss ausgeschlossen sein. Es ist für die ethnologische Forschung unbedingt notwendig, dass diese Rahmenbedingungen durch das zukünftige Forschungsdatengesetz sichergestellt werden.

Darüber hinaus ist es essenziell, dass die forschende Person einer Verschwiegenheitspflicht unterliegt – etwa vergleichbar mit Angehörigen anderer Berufsgruppen wie Ärzt:innen oder Geistliche – und dass für sie ein Zeugnisverweigerungsrecht hinsichtlich ihrer erhobenen Daten gilt. Dies wird sowohl vom RatSWD[3] und wissenschaftlichen Fachgesellschaften gefordert als auch in der Entschließung »Wissenschaftliche Forschung – selbstverständlich mit Datenschutz« der 103. Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder vom 23. März 2022.

Um die genannten Forschungsbedingungen sicherzustellen, müssen zusätzlich zu einer entsprechenden Regelung im Forschungsdatengesetz ergänzende Reformen im StGB (§ 203; Verletzung der Verschwiegenheitspflicht) sowie in der StPO (53§ Zeugnisverweigerungsrecht für bestimmte Berufsgruppen; §97; Beschlagnahmeverbot f. Forschungsunterlagen) und im BDSG (§27; Einführung einer Zweckbindungsklausel) vorgenommen werden.[4]

Wichtig ist uns darauf hinzuweisen, dass diese Rahmenbedingungen sowohl den Schutz der Betroffenen als auch der Forschenden gewährleisten sollen. Sie entsprechen damit den Zielen des im Koalitionsvertrag von 2021 geplanten Forschungsdatengesetz, in dem es heißt: »Den Zugang zu Forschungsdaten für öffentliche und private Forschung wollen wir mit einem Forschungsdatengesetzes umfassend verbessern sowie vereinfachen …«. Nur unter dem umfassenden rechtlichen Schutz vor staatlichen und sonstigen Zugriffen kann die qualitativ-ethnographische Forschung durchgeführt werden, die für die Generierung sozialwissenschaftlicher Erkenntnis grundlegend ist.

von Prof. Dr. Eveline Dürr
und
Prof. Dr. Martin Sökefeld
beide am Institut für Ethnologie, LMU München, und derzeit Vorstandsvorsitzende der DGSKA

1 Zeugnisverweigerungsrecht für Wissenschaftler*innen, vgl. dgska.de, sowie Debatte: Zeugnisverweigerungsrecht für Wissenschaftler*innen, vgl. verfassungsblog.de

2 Vgl. bmbf.de/bmbf/de/service/gesetze/gesetze.html

3 Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten

4 Strafgesetzbuch, Strafprozessordnung, Bundesdatenschutzgesetz

In der DDS 2023/7-8 stellten wir erste GEW-Forderungen zur bayerischen Landtagswahl am 8. Oktober vor. Wie angekündigt folgen hier nun unsere Forderungen zu Hochschule und Forschung sowie zum Globalen Lernen.

Hochschule und Forschung in Bayern: Demokratisierung statt Kommerzialisierung!

Es sollte »Deutschlands modernstes Hochschulrecht« werden, hieß es letztes Jahr aus dem Wissenschaftsministerium unter Leitung des Staatsministers Markus Blume (CSU) anlässlich des neuen bayerischen Hochschulgesetzes. Doch liefert der Freistaat mit seiner jüngsten Hochschulnovelle tatsächlich das, was er vollmundig versprach? Wohl kaum. In Wahrheit treibt Bayern mit dem zum Jahresbeginn 2023 in Kraft getretenen Hochschulinnovationsgesetz (BayHIG) die bereits in den 1990ern einsetzende Neoliberalisierung der Hochschullandschaft massiv voran.

Die Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Bayern rief schon am 1. Dezember 2020 zu einer Kundgebung in München gegen das geplante Hochschulgesetz auf.

Besonders deutlich zeigt sich das an Neuerungen wie den Gründungsfreisemestern: Seit Jahresbeginn können sich Professor*innen nun zwei Semester bei vollen Dienstbezügen von ihren Aufgaben in Forschung und Lehre freistellen lassen, um Unternehmensgründungen nachzugehen. Darüber hinaus können Hochschulen ihren Mitgliedern und Alumni hochschulische Infrastruktur kostenfrei oder vergünstigt zu eben diesem Zweck zur Verfügung stellen. Auf diese Weise subventioniert der Freistaat wirtschaftliche Tätigkeiten, anstatt endlich genug Geld in die marode und überlastete Infrastruktur bayerischer Hochschulen zu investieren, damit diese ihren Hauptaufgaben Forschung und Lehre adäquat nachgehen können.

Die Bereiche Studium und Lehre wurden im Reformprozess vernachlässigt. Daher ändert sich für sie auf gesetzlicher Ebene erst einmal wenig. Stärker betroffen sind die Studierenden: Unter dem Fokus der Ökonomisierung und des Unternehmer*innentums von Hochschulangehörigen werden mittelfristig auch die Studien- und Lehrbedingungen leiden. Darüber hinaus können Bayerns Hochschulen künftig Studiengebühren von Studierenden aus dem Nicht-EU-Ausland erheben. Noch ist unklar, wie viele Hochschulen davon letztlich Gebrauch machen werden. Aber bereits die Option darauf sendet das falsche Signal. Bildungsgebühren für Studierende aus Drittstaaten sind angesichts des sich verschärfenden Fachkräftemangels hierzulande nicht nur kontraproduktiv, sondern auch sozial ungerecht. Zudem hemmen sie die Internationalisierung.

Für Unruhe sorgte eine Panne bei den studentischen Beschäftigten: Der Gesetzgeber vergaß kurzerhand, die einschlägigen Regelungen zur Beschäftigung von Studentischen und Wissenschaftlichen Hilfskräften (SHK/WHK) aus dem alten Bayerischen Hochschulpersonalgesetz in das BayHIG zu übernehmen. Für die Betroffenen bedeutete dies zunächst rechtliche Unklarheit und temporäre Einstellungsstopps. Das versehentliche Abschaffen von WHKs mit Masterabschluss – eine Personalkategorie zum Zwecke des Lohndumpings, um tariflich vergütete E-13-Stellen für Promovierende zu umgehen – ist aus gewerkschaftlicher Sicht zwar grundsätzlich begrüßenswert. Solange der Freistaat aber die Personalmittel der Hochschulen nicht aufstockt, wird es de facto auch keine Überführung der alten WHK-Stellen in reguläre E-13-Stellen geben – die Betroffenen gehen also leer aus und stehen ohne Arbeitsverhältnis da.

Für den akademischen Mittelbau bringt das BayHIG vor allem Stillstand: Trotz der seit über zwei Jahren lautstark in die Öffentlichkeit getragenen #IchBinHanna-Proteste von »Nach-

wuchswissenschaftler*innen« finden sich im neuen Hochschulgesetz keine Maßnahmen, um die Situation befristeter Wissenschaftler*innen nachhaltig zu verbessern. Weder führt der Gesetzgeber – der zugleich auch Arbeitgeber der Hochschulbeschäftigten ist – Befristungshöchstquoten ein, noch nimmt Bayern eine umfassende Personalstrukturreform in Angriff, die der gewachsenen Bedeutung des akademischen Mittelbaus für gute Forschung und Lehre Rechnung trägt.

Eine erste Bilanz des BayHIG fällt daher ernüchternd aus: Das neue Hochschulgesetz setzt weder an den Bedürfnissen von Wissenschaftler*innen und wissenschaftsstützendem Personal an noch an denen der Studierenden. Es treibt vielmehr die Kommerzialisierung der Wissenschaft weiter voran und beschädigt damit die Vielfalt und Unabhängigkeit von Forschung, Lehre und Studium nachhaltig.

Die GEW Bayern folgt deshalb auch mit ihren Forderungen zur Landtagswahl 2023 der Vision einer demokratischen und vielfältigen Hochschul- und Forschungslandschaft

Endlich demokratische und diverse Hochschulen und Forschungseinrichtungen

- Der Anteil der Grundfinanzierung an der Hochschulfinanzierung sank in den vergangenen 50 Jahren sukzessive und liegt heute nur noch knapp über 50 Prozent. Grundständige Aufgaben in Forschung und Lehre können heute vielerorts nur noch durch zeitlich befristete und hart umkämpfte Drittmittel gedeckt werden. Dies erschwert nicht nur längerfristige Planungen, sondern beeinträchtigt auch die Unabhängigkeit der Wissenschaft. Wir pochen daher auf eine **Erhöhung der Grundfinanzierung aller Hochschulen. Massive Kürzungen an einzelnen Standorten und zunehmende Drittmittelabhängigkeit lehnen wir ab.**

- Wissenschaft lebt von Pluralität – das gilt sowohl für die in ihr tätigen Personen als auch für die Fülle der unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen. Ungeachtet dessen ist seit einigen Jahren eine Verengung in der (staatlichen) Forschungsförderung zu beobachten. Während die MINT-Fächer, in Bayern insbesondere die Hightech- und KI-Forschung, überproportional von der Drittmittelvergabe profitieren, leiden die Geistes- und Sozialwissenschaften besonders stark unter Kürzungen. Wir fordern eine Kehrtwende und setzen uns ein für den **Erhalt der Fächerdiversität, insbesondere auch der Geistes- und Sozialwissenschaften. Die Hightech-Monokultur lehnen wir ab.**

- Die Neoliberalisierung der Hochschulen in den vergangenen drei Dekaden ging mit einem Abbau der bereits zuvor recht beschränkten Mitbestimmungsmöglichkeiten einher: Entscheidungsbefugnisse der akademischen Selbstverwaltung wurden beschnitten und im Gegenzug Leitungsgremien wie die Präsidien gestärkt sowie mit Einführung von Hochschulräten innerhochschulische Angelegenheiten an Externe delegiert. Das schwächt auf Dauer auch die Wissenschaft. Wir streiten daher für eine Mitbestimmung für alle Hochschulmitglieder und fordern den **Ausbau der hochschulpolitischen Demokratie statt der Stärkung der Präsidien.**

- 84 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen (ohne Professur) sind befristet beschäftigt, bei den unter 45-Jährigen sind es sogar 93 Prozent.[1] Vielen bleibt trotz jahrelanger Arbeit als hoch qualifizierte Wissenschaftler*innen am Ende oft nur der Ausstieg aus der Wissenschaft. Die fehlende Planungsperspektive ist nicht nur für die Betroffenen belastend, sondern wirkt sich auch negativ auf die Betreuungssituation von Studierenden aus und verschlechtert mangels personeller Kontinuität die Qualität von Lehre und Forschung. Wir fordern daher Dauerstellen für Daueraufgaben und **verlässliche Karrierewege für Lehrende und Forschende statt Dauerbefristungen bis zur Rente.**

- Bundesweit arbeiten über 300.000 studentische Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen und tragen zum reibungslosen Ablauf des Wissenschaftsbetriebs bei. Häufig erhalten sie dafür nur Mindestlohn, haben keine Personalvertretung und selbst gesetzlich verankerte Mindeststandards wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Urlaubstage werden ihnen oft verwehrt.[2] Dies zu ändern, machte sich die bundesweite Bewegung TVStud – eine Tarifkampagne studentischer Beschäftigter – zur Aufgabe. Die GEW unterstützt die Kampagne und fordert **Tarifverträge für alle Hilfskräfte statt Billiglöhnen und arbeitsrechtlicher Unklarheit.**

Mehr zur Fachgruppe Hochschule und Forschung

- Bayern ist das einzige Bundesland, in dem es keine Verfasste Studierendenschaft (mehr) gibt. Daran ändert auch der neu eingeführte Landesstudierendenrat wenig, der lediglich ein Anhörungs- und Informationsrecht – wie es auch ohne gesetzliche Verankerung schon seit Langem praktiziert wird – gegenüber dem Wissenschaftsministerium festschreibt, aber keine wirkliche Mitbestimmung in Form einer Selbstverwaltung studentischer Anliegen ermöglicht. Wir fordern daher vom Freistaat die Wiedereinführung der **Verfassten Studierendenschaft mit Satzungs- und Finanzautonomie sowie politischem Mandat.**

von Christiane Fuchs

im Organisationsbereich Hochschule und Forschung der GEW Bayern aktiv, politische Geschäftsführerin des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)

1 Vgl. Sommer, Jörn et al. 2022: Evaluation des novellierten Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. S. X; Download: bmbf.de [letzter Zugriff: 10.7.2023].

2 Vgl. Hopp, Marvin et al. 2023: Jung, akademisch, prekär. Studentische Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen: eine Ausnahme vom Dualen System regulierter Arbeitsbeziehungen. Download: uni-bremen.de [letzter Zugriff: 10.7.2023].

»Globales Lernen« als Bildungserfordernis begreifen!

Während sich aktuelle Krisen wie z. B. Krieg und Klimakrise weiter verschärfen, verharrt die bayerische Bildungspolitik in einem überholten Bildungsverständnis. Demgegenüber fordert die GEW Bayern zur Landtagswahl am 8. Oktober, »Globales Lernen« in den Blick zu nehmen und umzusetzen, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden.

Mehr zu »Globalem Lernen«

Kapital, Produktion, Handel, Konsum und Kommunikation werden seit Jahrzehnten verstärkt globalisiert. Aus den ungestillten Wachstumsforderungen heraus ergeben sich Krisen wie Ressourcenverknappung, Krieg und Klimakrise. Diese können im Sinne des Pädagogen Wolfgang Klafki als »epochaltypische Schlüsselprobleme« verstanden werden. Bildung hat die Aufgabe, zur Bewältigung dieser Herausforderungen zu befähigen. Das Bildungskonzept »Globales Lernen« kann dieser Forderung in seiner Komplexität gerecht werden. So setzt es auf eine Verknüpfung des Lokalen mit Globalem, es fördert ein systemisches und vernetztes Verständnis gesamtgesellschaftlicher Problemlagen und setzt auf eine kritische, diskursive Auseinandersetzung, die zur Formulierung von Handlungsperspektiven führt.

Die im bayerischen Bildungssystem gewohnte Fixierung auf ein neoliberales und wachstumszentriertes »Weiter so« ist nicht zielführend. Die Aufhebung der sozialen Spaltung – im Land, aber auch weltweit – und die Krisenbewältigung verlangen nach einer grundsätzlichen Neuausrichtung, auch in der Bildung. Kinder, Jugendliche und Erwachsene müssen befähigt werden, komplexe Wirkweisen durchschauen zu können. Dafür müssen sich die Lehrer*innenbildung, aber auch die (Aus-)Bildung für einen Beruf in der frühkindlichen Bildung, in der Sozialen Arbeit und in der Erwachsenenbildung verändern.

»Globales Lernen« am Beispiel Schule

In der Hoffnung, eine friedliche und nachhaltige Gesellschaft sei möglich, verabschiedeten die Vereinten Nationen 2015 die globale Nachhaltigkeitsagenda mit 17 globalen Zielen, die alle Bereiche des Zusammenlebens auf den Prüfstand stellen.[1] Eine Agenda, die sich die GEW von Beginn an zu eigen machte.[2]

Foto: Colorbox

»Globales Lernen« ist ein gutes Konzept, das schulart- und fächerübergreifend umgesetzt werden sollte. Hierfür bietet der »Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung«[3], der ebenfalls 2015 von der Kultusministerkonferenz und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aufgestellt wurde, eine gute Grundlage.

»Freitag für Freiräume« (FREI DAY) einführen

Damit Schüler*innen die eigene Selbstwirksamkeit erfahren können, braucht es Freiräume. Das Lernformat des FREI DAY (frei-day.org) ermöglicht es Schüler*innen, sich mit den Herausforderungen unserer Zeit zu beschäftigen und zu lernen, die Welt zu verändern. Doch nicht nur sie, auch die Lehrkräfte müssen befähigt werden, neue Wege zu gehen.

Letztlich zielt »Globales Lernen« aber nicht nur auf Schule ab. Alle Bildungseinrichtungen und die darin Beschäftigten sollten sich mit sozialen, wirtschaftlichen, regionalen und globalen Zusammenhängen auf der Basis der Solidarität auseinandersetzen und die Welt neu gestalten.

von Dorothea Weniger
DDS-Redaktionsleiterin
Mitglied im Landesvorstand
und
Lisa Poettinger
Lehramtsstudierende &
Bildung für nachhaltige Entwicklung

1 Globale Nachhaltigkeitsstrategie. Nachhaltigkeitsziele verständlich erklärt. Vgl. bundesregierung.de

2 Die GEW informiert: Kurs auf eine nachhaltige Entwicklung. Lernen für eine zukunftsfähige Welt. Download: gew.de; vgl. auch gew.de/schule/oekonomische-bildung/nachhaltigkeit/gew-positionspapier und GEW

3 Download: kmk.org

Bezirkstagswahlen am 8. Oktober 2023

Hinweis der DDS-Redaktion: Folgende GEW-Kolleg*innen möchten auf ihre Kandidatur hinweisen. Wir merken dazu an, dass die Nennung der Kandidaturen – auch derer zur Landtagswahl in der DDS 7-8/2023 – keinesfalls mit einer Wahlempfehlung verbunden ist. Vielmehr möchten wir den Kolleg*innen vor Ort die Möglichkeit eröffnen, mit den Kandidat*innen ins Gespräch zu kommen und über die GEW-Positionen zu diskutieren.

Mittelfranken
Ruth Brenner (DIE LINKE)
Benita Esch (Bündnis 90/Die Grünen)
Nadja Gschwendtner (DIE LINKE)
Manfred Reinhart (ÖDP)
Andreas Selz (DIE LINKE)

Niederbayern
In diesem Bezirk kandidieren keine GEW-Mitglieder.

Oberbayern
Michaela Dietrich (DIE LINKE)
Martin Eberl (SPD)
Karsten Frank (DIE LINKE)
Peter Gallwas (DIE LINKE)
Dr. Guido Hoyer (DIE LINKE)
Maria Mayr (DIE LINKE)
Lisa Klara Menzl (DIE LINKE)
Klaus Weber (DIE LINKE)

Oberfranken
Dagmar Keis-Lechner (Bündnis 90/Die Grünen)

Oberpfalz
Marian Janka (DIE LINKE)
Wolfgang Wittich (DIE LINKE)

Schwaben
Barbara Holzmann (Bündnis 90/Die Grünen)
Andreas Meyer (ÖDP)

Unterfranken
Lore Koerber-Becker (SPD)
Christina Kunkel (DIE LINKE)

Nachtrag: Folgender Kollege möchte noch seine Kandidatur zur Landtagswahl bekannt geben.
Unterfranken
Thomas Mütze (Bündnis 90/Die Grünen)

© Nicolaus Schmidt

Kinder sind Genies.

Kinder haben große Potenziale. In terre des hommes-Projekten lernen sie, diese zu entfalten. Unterstützen Sie sie dabei.

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

www.tdh.de

DGB-Jugend zur Landtagswahl 2023

In der Broschüre »Forderungen der DGB-Jugend Bayern zur Landtagswahl 2023« fordert die bayerische Gewerkschaftsjugend, die Ausbildungsbedingungen für junge Menschen in Bayern zu verbessen. Von den politischen Vertreter*innen erwartet sie, dass sowohl Wohnraum als auch ÖPNV bezahlbar werden, von den Tarifverhandlungen im Herbst, dass studentische Beschäftigte endlich nach Tarif bezahlt werden. Selbstredend setzt sich die DGB-Jugend für ein solidarisches Miteinander ein und fordert auch von der Politik eine klare Abgrenzung gegen rechts und das Eintreten für eine vielfältige Gesellschaft. Um auch als DGB-Jugend mehr Einfluss auf die Politik zu gewinnen, befürwortet sie die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. dw

Link zur DGB-Jugend-Kampagne, zum Forderungspapier und zur Broschüre zur bayerischen Landtagswahl 2023: bayern-jugend.dgb.de/landtagswahlkampagne

GEW Bayern trauert um Rechtsanwalt Dr. Gerd Tersteegen

Die GEW Bayern trauert um Rechtsanwalt Dr. Gerd Tersteegen aus München, der am 6. Mai 2023 im Alter von 83 Jahren gestorben ist.

Dr. Gerd Tersteegen leistete als engagierter und überaus kompetenter Anwalt über Jahrzehnte hinweg ungezählten Kolleginnen und Kollegen anwaltlichen Beistand. Mit seiner freundlichen und empathischen Art war er oftmals der Rettungsanker und Hinweisgeber für alle, die sich im undurchschaubaren Paragrafengewirr ausweglos verstrickt sahen. Aber genauso wichtig war er für sie bei Konflikten und Auseinandersetzungen, meist mit Vorgesetzten, welche nicht nur mit Rechtskenntnissen und Gerichten gelöst werden konnten. Er war schon zu Zeiten mediatorisch tätig, als dieses Wort noch weithin unbekannt war. Aufgrund seiner herausragenden Kenntnis des Rechts des öffentlichen Dienstes, und hier insbesondere des Beamtenrechts, hatte er sich bei den Vorgesetzten unserer Mitglieder bis hinauf zu den Ministerien Achtung und Respekt erworben, was oftmals unvorhersehbare Wege der Konfliktbewältigung eröffnete. Er war **die** Adresse für Beamtenrecht.

Unvergessen sind sein Engagement für die vom Berufsverbot betroffenen Kolleginnen und Kollegen wie auch die mit seiner Hilfe erreichten Erfolge bei der Durchsetzung von Gewerkschaftsrechten in Betrieben und Dienststellen. So hat er u. a. bei den Gerichten das jahrelang verwehrte Recht auf Aushang von Plakaten der GEW in den Lehrer*innenzimmern erstritten.

Er war ein umgänglicher, zugewandter und herzlicher Kollege, mit dem die Zusammenarbeit große Freude und auch Spaß gemacht hat. Ich werde mich stets mit Dankbarkeit seiner erinnern.

von Hans Schuster
Justiziar der GEW Bayern i. R.

Bundeswehr drängt verstärkt in Schulen

Der DGB, der sich aufgrund der Erfahrungen aus Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg als Teil der Friedensbewegung versteht, schreibt in seinem Aufruf zum Antikriegstag am 1. September 2023: »Jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle. Neue Waffensysteme dürfen nicht mit der Schließung von Krankenhäusern oder dem Verzicht auf Zukunftsinvestitionen bezahlt werden. Die jüngste Häufung weltweiter Extremwetterereignisse führt uns drastisch vor Augen, dass die Bekämpfung des Klimawandels keinen Aufschub duldet. Der dafür erforderliche Umbau unserer Wirtschaft und seine sozial gerechte Gestaltung werden nur gelingen, wenn dafür ausreichend öffentliche Mittel bereitstehen.«[1]

Die GEW ist Teil des DGB und teilt diese Auffassung. Als Bildungsgewerkschaft leisten wir mit unserem friedenspädagogischen Know-how unseren antimilitaristischen Beitrag in den Bildungseinrichtungen. Wir verteidigen die zivile Konfliktforschung an den Hochschulen und stehen für die Suche nach gewaltfreien Konfliktlösungen, auch mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Den Einsatz von Jugendoffizier*innen an Schulen lehnen wir ab.

Högl fordert: Mehr Bundeswehr in die Schule

Ein Mittel, um die Bundeswehr aus Schulen fernzuhalten, ist die Vereitelung von sogenannten Kooperationsvereinbarungen zwischen Bildungsministerien und Bundeswehr.[2] In Baden-Württemberg ist dies, anders als im Rest der Republik, zum Teil zumindest auf dem Papier gelungen: Die Rekrutierung im Klassenzimmer unter dem Deckmantel angeblicher sicherheitspolitischer Bildung ist dort zwar untersagt, die Darstellung der »Instrumente zur Friedenssicherung und damit zusammenhängender Aufgabenstellungen der Bundeswehr« sind aber erlaubt.[3] Selbst diese weiche Formulierung ist der Wehrbeauftragten des Bundestags Eva Högl (SPD) ein Dorn im Auge. Ende Juni sagte sie dazu: »Ich halte das Werbeverbot für die Bundeswehr an Schulen für nicht mehr zeitgemäß.« Ihre Begründung: »Es ist heute eine andere Lage als 2014, als es beschlossen wurde. Die baden-württembergische Landesregierung sollte es überdenken.«[4] Schon in den letzten Monaten forderte Högl eine »Musterung für alle« und, die Bundeswehr mehr in die Schulen zu schicken, denn nach ihrer Einschätzung betreiben uniformierte Soldat*innen im Klassenzimmer »keine aggressive Werbung«. Sie ist damit nicht allein. Auch Friedrich Merz (CDU-Chef), Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) und Bildungsministerin Stark-Watzinger (FDP) zählen u. a. zu ihren Fürsprecher*innen.[5]

Standards der politischen Bildung

Die GEW lehnt all diese Vorstöße ab, denn speziell ausgebildete Jugendoffizier*innen der Bundeswehr sind keine geeigneten, pädagogischen Fachkräfte für einen sicherheitspolitischen Exkurs im Sozialkundeunterricht. Damit folgen wir auch der Empfehlung des UN-Ausschusses für die Rechte der Kinder, der von der Bundesrepublik Deutschland fordert, alle Formen von Werbekampagnen, die auf Kinder abzielen, zu verbieten.[6] Dessen ungeachtet fanden seit Anfang letzten Jahres aber mindestens 166 Werbeeinsätze in bayerischen Bildungseinrichtungen statt.[7]

Dass die Einflussnahme der Jugendoffizier*innen auf die politische Willensbildung der Schüler*innen nicht neutral verläuft, ergibt sich bereits aus der Sonderstellung der Bundeswehr in den Klassenzimmern. Die entsprechenden Kooperationsvereinbarungen mit den Ländern sind einseitig und die Schüler*innen werden in der Regel im Vorfeld nicht über ihr Recht, sich von diesem »Unterricht« befreien lassen zu können, aufgeklärt.[8]

»Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren«, ist die Position der GEW. »Die GEW fordert die Landesregierungen auf, entsprechende Passagen in den Kooperationsabkommen zu kündigen.«[9] Als Bildungsgewerkschaft setzen wir uns für Friedenserziehung ein. Unangemessen finden wir Högls Vorschlag aber auch, weil derzeit allseits anerkannte Bildungsaufgaben der Schule aufgrund des Lehrkräftemangels vielerorts nicht mehr

gewährleistet werden können. Wir fordern deshalb von den Bildungsverantwortlichen, dass sie ihren Auftrag ernst nehmen und für eine gute Schulbildung und damit für eine gute Friedenserziehung sorgen.

Keinesfalls dürfen Soldat*innen – wie bereits an einem staatlichen Gymnasium in der Nähe der Universität der Bundeswehr München geschehen – herangezogen werden, um fehlende Lehrkräfte zu ersetzen. Studentische Offiziersanwärter*innen arbeiteten hier vor allem in den Jahrgangsstufen fünf bis neun in »einer Art Praktikum« – so Kultusminister Michael Piazolo –, de facto waren sie aber als Vertretungslehrkräfte angestellt.[10]

Keine Rekrutierung Minderjähriger!

Doch es sind nicht nur Schulbesuche, bei denen die Bundeswehr sogar Kinder anspricht: In den letzten Jahren gab es sogenannte »Karriere-Trucks« der Bundeswehr auf Jobmessen oder, schlimmer noch, auf der Spielemesse »Gamescom«.[11] Auch am Girls' Day beteiligt sich die Bundeswehr seit Jahren mit einem großen Angebot von Praktikumsplätzen.

Die GEW Bayern beschloss auch deshalb auf ihrer diesjährigen Landesvertreter*innenversammlung: »[Wir] brauchen … in den Bildungseinrichtungen verstärkt politische Bildung und eine aufgeklärte Medienerziehung für den kritischen Umgang mit Kriegspropaganda. Wir stehen weiterhin gegen jede Militarisierung im Bildungsbereich und gegen die Rekrutierung Minderjähriger durch die Bundeswehr. Wir sagen: Unter 18 nie!«[12]

Waren vor zehn Jahren noch 1.152 unter 18-Jährige bei der Bundeswehr, wurden 2017 schon 2.126 Jugendliche bei der Bundeswehr ausgebildet. 2022 waren es immer noch 1.773 Minderjährige, davon 460 in Bayern.[13] Zu einem Anwerbeverbot bei Jugendlichen unter 18 Jahren verpflichteten sich bereits mehr als 150 Staaten weltweit – darunter 23 NATO-Staaten und 21 EU-Länder. Auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und die Kinderkommission des Bundestages forderten die Bundesregierung mehrfach auf, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben. Bisher ohne Erfolg.

von
Martina Borgendale
Landesvorsitzende
der GEW Bayern

Dorothea Weniger
DDS-Redaktionsleiterin
Mitglied im Landesvorstand

und

Mark Ellmann
Assistent der Geschäftsführung und Koordinator der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit der GEW Bayern

1 Antikriegstag 2023: Die Welt braucht Frieden! Vgl. dgb.de

2 Für die Beendigung der Kooperationsvereinbarungen sprach sich die GEW bereits im Jahr 2013 auf ihrem Gewerkschaftstag aus: Gewerkschaftstag 2013 – Beschluss Drucksache 140: Friedenspolitik. Download: gew.de

3 Bundeswehr im Klassenzimmer: Debatte um mehr Schulbesuche von Soldaten kocht hoch. Vgl. news4teachers.de

4 Wehrbeaufragte Eva Högl in Karlsruhe: »Marode Kasernen unzumutbar«. Vgl. bnn.de v. 3.7.2023

5 Merz für ungehinderten Bundeswehr-Zugang zu Schulen. Vgl. sueddeutsche.de v. 14.7.2023. »Aggressive« Bundeswehr-Werbung an Schulen? Linke kritisiert »Wehrpflicht durch die Hintertür«. Vgl. fr.de v. 16.6.2023. Bildungsministerin will Jugendoffiziere in Schulen schicken. Vgl. deutschlandfunkkultur.de v. 7.3.2022

6 GEW: Kinder im Visier der Bundeswehr. Vgl. gew.de

7 Andreas Schmid: Trotz Werbeverbot tritt Bundeswehr in Schulen in Baden-Württemberg auf – Ministerium ist ahnungslos. Vgl. merkur.de v. 24.6.2023. Die Zahlen zu Bayern stützen sich auf die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag.

8 Terre des hommes: Hilfe für Kinder in Not: Bundeswehr in der Schule – Antrag auf Ersatzunterricht. Download: tdh.de. Widerspruchs-Tool für Jugendliche und ihre Eltern. Vgl. unter18nie.de. Die GEW ist neben vielen Organisationen der Friedensbewegung, den Kirchen und Gewerkschaften ein Träger der Kampagne.

9 Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurückdrängen. Vgl. gew.de

10 GEW Bayern zum Einsatz von Bundeswehrangehörigen an Schulen: Offiziersanwärter*innen dürfen nicht als Vertretungslehrkräfte eingesetzt werden. Vgl. gew-bayern.de

11 Mark Ellmann: Bundeswehr sucht Nachwuchs – auch in Bildungseinrichtungen. Soldaten im Klassenzimmer. Vgl. gew-bayern.de

12 Beschluss der Landesvertreter*innenversammlung vom 20.-22. April 2023: Für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. Vgl. gew-bayern.de

13 Kleine Anfrage der Abgeordneten Żaklin Nastić, Andrej Hunko, Heidi Reichinnek und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 20/5382. Vgl. bundestag.de

Die GEW Bayern lädt zu Online-Vortrag und Diskussion ein

Militär im Klassenzimmer

Wie die Bundeswehr an Schulen wirbt und was Lehrkräfte dagegen tun können

»Mach, was wirklich zählt!« Mit diesem Spruch wirbt die Bundeswehr um die Gunst junger Menschen, auch bei unter 18-Jährigen. Mit dem 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr intensiviert sich auch die Suche nach Soldat*innen. Vor allem Schüler*innen sind im »Visier« der Armee-Rekrutierer*innen. Dazu unterhält die Bundeswehr mit dem Bildungsministerium eine eigene Kooperationsvereinbarung. Die darin vereinbarten Vorträge von Jugendoffizier*innen an Schulen sollen Jugendliche von der Aufrüstung der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung überzeugen. Mit eigenen YouTube-Werbefilmen versucht die Bundeswehr, zum Schulhofgespräch zu werden. Überdies werben Karriereberater*innen die Schüler*innen bei außerschulischen Lernorten direkt an.
Wie können Lehrkräfte eine kontroverse Betrachtung des Themas in der Schule und im Unterricht gewährleisten? Der bebilderte Online-Vortrag wirft einen kritischen Blick auf den »Werbefeldzug« der Bundeswehr, klärt über die Hintergründe auf und macht Vorschläge, wie Pädagog*innen der Armee-Werbung begegnen können. Anschließend bleibt Raum für eine auch kontroverse Diskussion.

Referent: **Michael Schulze von Glaßer**
Politikwissenschaftler (M. A.), Mitglied im Beirat der Informationsstelle Militarisierung (IMI),
politischer Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Autor mehrerer Bücher über Armee-Werbung

4. Oktober 2023, 19 Uhr

Zugangsdaten: gew-bayern.de/militaer-im-klassenzimmer

Tassilo-Kulturpreis geht dieses Jahr an die Geschichtswerkstatt Dorfen

Die Geschichtswerkstatt Dorfen bekam Ende März einen der drei Hauptpreise des diesjährigen Tassilo-Kulturpreises der Süddeutschen Zeitung verliehen. Mit Heidi Oberhofer-Franz, Hans Elas und Schorsch Wiesmaier, die die Geschichtswerkstatt mitgegründet haben, engagieren sich gleich drei GEW-Kolleg*innen in dem viel beachteten Verein, der die Dorfener Geschichte zwischen 1933 und 1945 erforscht. Hier die Laudatio, die anlässlich der Preisverleihung gehalten wurde:

Im Namen der Geschichtswerkstatt Dorfen bedankt sich Schorsch Wiesmaier bei der Jury des Tassilo-Preises und bei der Laudatorin Judith Wittwer. Mit dabei waren auch Hans Elas, Bettina Kronseder, Monika Schwarzenböck, Peter Willim, Doris Minet und Heidi Oberhofer-Franz (v. l. n. r.). Foto: Johannes Simon

»Wem gilt unsere Empathie? Das ist eine Frage, die sich alle, die an Lokalgeschichte interessiert sind, stellen sollten. Denn getragen von Lokalstolz und nicht hinterfragten Tradierungen hat lokale Geschichtsschreibung vielerorts klaffende Leerstellen. Auch in Dorfen war das so, bis die Mitglieder der Geschichtswerkstatt loslegten. Kommunistische Revolutionäre, Nazilehrer, Jüdische DPs, NS-Euthanasieopfer, Zwangsarbeiterinnen? Da war nichts, da ist nichts, hieß es verdächtig nachdrücklich, und was geht das uns überhaupt an? Die Geschichtswerkstatt ließ sich nicht abwimmeln und zurechtweisen, sie bohrte nach und brachte so vieles ans Licht. Ihre Forschungsergebnisse schließen Lücken, die absichtlich, aus Gleichgültigkeit oder Desinteresse in Dorfen viel zu lange einfach hingenommen wurden.

Die Empathie der Mitglieder der Geschichtswerkstatt gilt den verschwiegenen, vergessenen und unbeachteten Menschen. Mit großer Einfühlsamkeit geben sie Opfern und Gequälten Gesicht und Stimme zurück. Mit großer Klarheit benennen sie Täter und rücken Lokalprominenz, die viel mehr Dreck am Stecken hat als verdienten Glanz, ins rechte Licht. Ihre sorgfältig recherchierten Publikationen und großartigen Liveveranstaltungen, bei denen stets Zeitzeuginnen, Nachfahren und Angehörige wichtige Mitakteure sind, gehen unter die Haut und hinterlassen bleibenden Eindruck.

Für das alles braucht man in einer ländlichen Kleinstadt am Rande Oberbayerns viel Mut und Beharrlichkeit, Intelligenz und Herzenswärme. Hans Elas, Bettina Kronseder, Doris Minet, Heidi Oberhofer-Franz, Monika Schwarzenböck, Schorsch Wiesmaier und Peter Willim gilt unsere Empathie und Anerkennung.« *dw*

Gegendemonstration gegen Fackelmarsch des »Coburger Convent«

Jährlich treffen sich an Pfingsten die Mitglieder des Korporationsverbandes »Coburger Convent« (CC), Dachverband von 100 Studentenverbindungen, in Coburg für ihren Kongress. Getreu ihrem Wahlspruch »Ehre – Freiheit – Freundschaft – Vaterland« ist ein Fackelmarsch durch die Innenstadt am Abend des Pfingstmontags stets der Höhepunkt des Wochenendes.

Der nationalistische Kult und das männerbündische Weltbild dieser Veranstaltung rufen jedes Jahr auch Gegendemonstrant*innen in die Vestestadt. In seinem Aufruf begründete das Bündnis »Studentenverbindungen auflösen« seinen Protest und sprach sich gegen diese Art Belagerungszustand an Pfingsten aus: »Auch gewalttätige Angriffe […] sind keine Seltenheit. Die Stadt und die Ordnungsbehörden schauen diesem Treiben regelmäßig zu und hofieren den CC bspw. über die Bereitstellung städtischer Infrastruktur.«[1] Für Bildungsgewerkschafter*innen stellen u. a. das Erziehungsbild und das Geschichtsverständnis des Verbandes einen klaren Widerspruch zu unseren Gewerkschaftszielen dar.

Hier eine Zusammenfassung der Ereignisse in Coburg vom Abend des Pfingstmontags: Als wir gegen 21 Uhr in Coburg ankamen, gingen wir zuerst auf den Marktplatz, dessen Zugänge bereits von der Polizei gesperrt waren. Um 21.24 Uhr gerieten wir in eine Kontrolle der Bereitschaftspolizei, die den Grund unserer Anwesenheit erfragte. Nach einer Identitätsfeststellung durften wir uns wieder frei bewegen.

In entgegengesetzter Laufrichtung liefen wir die Route des Fackelmarsches ab, vorbei an den verschiedenen Stationen des Gegenprotestes bis zum Kundgebungsplatz. Dort übertönten die Gegendemonstrant*innen mit lautem Bass den Gesang aus dem Festzelt der Korporierten.

Während des Aufzugs der Verbindungsstudenten bekamen wir immer wieder einzelne Übergriffe auf Journalist*innen mit[2]: Ein Ordner des CC forderte die Polizei auf, alle »links aussehenden Journalisten« vom Versammlungsgeschehen zu entfernen, ein Kollege bekam einen Fackelschlag auf das Objektiv seiner Kamera.

Am Markt angekommen ging die Schikane des Ordners weiter: »Schauen Sie, dass Sie hier runterkommen!«, brüllte er unter Anwesenheit der Polizei dem bereits vorher geschädigten Journalisten zu. Trotz dieser Einschüchterungen und der bedenklichen Pressefeindlichkeit des CC führten viele Journalist*innen ihre Arbeit fort und die Gegendemonstration konnte ohne weitere Zwischenfälle stattfinden.

von Hendrik Torner

1 Weitere Details: tacker.fr/node/11667

2 Schon im Vorfeld des Coburger Convents (CC) wurden ein Politiker und zwei Journalisten bedroht. Vgl. Richard Padberg: Grüne wollen Vorwürfe um Coburger Convent im Landtag behandeln; br.de v. 25.7.2023

Wenn eine Lesung für Kinder zum Politikum wird

Mitte Juni wollten die 13-jährige trans Autorin Julana Gleisenberg, die Dragqueen Vicky Voyage und der Dragking Eric BigClit in einer Münchner Stadtbibliothek Kindern aus Büchern vorlesen. Eine vergleichbare Lesung fand 2022 ohne jegliches Aufsehen statt. Doch dieses Jahr glaubten u. a. die AfD, die Querdenken-Bewegung »München steht auf«, die Identitäre Bewegung, Burschenschaften, der Anti-Abtreibungsverein »Stimme der Stillen«, die trans-feindliche »Frauenaktion München«, die »Demo für alle«, aber auch der CSU-Stadtrat Hans Theiss und Bayerns stellvertretender Regierungschef Hubert Aiwanger (FW) gegen die Lesung opponieren zu müssen.

Foto: Lina Dahm

Unterstützt wurde die von ihnen losgetretene LGBT-feindliche Kampagne, die angeblich zum Wohle der Kinder initiiert wurde, von der Bild-Zeitung. Im Schulterschluss bedrohten sie die Lesenden vorab derart, dass die jugendliche 13-jährige Autorin, die aus ihrem Buch »Julana, endlich ich« lesen wollte, ihre Beteiligung an der Veranstaltung aus Sicherheitsgründen absagte.

Dem Aufruf zur Kundgebung der hetzenden Organisationen folgten dann nur wenige. Doch die kamen, machten aus ihrem Ansinnen keinen Hehl. Sieben Mitglieder der rechtsextremen Identitären Bewegung versuchten schließlich die Bibliothek zu stürmen. Die Bibliotheksangestellten konnten dies gerade noch verhindern, bevor die Polizei endlich eingriff. Warum diese es so weit kommen ließ, ist völlig unverständlich – schließlich war sie mit einem sehr großen Aufgebot vor Ort. Lag es vielleicht daran, dass die Polizist*innen so aufgestellt waren, dass sie mit dem Gesicht den ca. 500 Demonstrierenden zugewandt waren, die dem Aufruf von »München ist bunt« gefolgt waren, und so nicht sahen, was sich in ihrem Rücken abspielte?

An der bunten Gegendemo nahm auch der bekannte Priester Wolfgang Rothe teil. Er stellte im Vorfeld Strafanzeige gegen die AfD wegen Volksverhetzung. Die rechtsextreme Partei hatte ein Plakat in Umlauf gebracht, auf dem ein geschminkter, bärtiger junger Mann seine krallenartige Hand gierig nach einem Kind ausstreckt, und bediente sich damit einer Symbolik aus der NS-Zeit: Damals war es »der Jude«, der nach einer blonden Frau griff. Neben diesem rechtsextremen Narrativ bediente sich die LGBT-feindliche Szene auch der Verschwörungserzählung, die LGBT-Community würde zusammen mit den Grünen nur Kinder heranziehen, um sie dann missbrauchen zu können.

In Abgrenzung dazu war es schön zu sehen, dass auch Gewerkschafter*innen dem Aufruf von »München ist bunt« gefolgt waren. Zukünftig müssen wir wohl noch enger zusammenstehen, damit z. B. die Lesung nächstes Jahr wieder unbehelligt stattfinden kann und die Kinder, die die Vielfalt menschlicher Identitäten und menschlicher Lebensweisen erfahren möchten, den Geschichten aus den Büchern ungestört zuhören können.

von Dorothea Weniger

»Offen bleiben!« – Kampagne gegen die Bundesregierung und die EU-Asylpolitik

Als Zeichen des Protests gegen die aktuelle nationale und europäische Asylpolitik schlossen sich Mitte Juni 2023 rund 50 Organisationen und 160 Privatpersonen im Bündnis »Offen bleiben – für eine solidarische Gesellschaft!« zusammen. Inzwischen wuchs dieses auf 201 Organisationen und 363 Privatpersonen an (Stand: 5. August 2023). Mit dabei ist auch die GEW Bayern. Mit dem Zusammenschluss wurde auch die Kampagne »Offen bleiben!« (offen-bleiben-muenchen.de) ins Leben gerufen und am 19. Juni in München öffentlich gemacht.

Im Vorfeld brachte die Zustimmung der Bundesregierung zum »Gemeinsamen Europäischen Asylsystem« (GEAS) der Europäischen Union (EU) Mitte Juni das Fass zum Überlaufen. »Die EU höhlt das Recht auf Asyl gerade mit breiter politischer Unterstützung aus. Was früher nur rechte Parteien forderten, ist plötzlich Regierungsprogramm der Ampelkoalition«, heißt es dazu im Aufruf des Bündnisses. »Statt Asylgründe individuell zu prüfen, will die EU Schnellverfahren an den Außengrenzen durchführen, ohne rechtliche Vertretung, unabhängige Beratung oder Rechtsmittel für Schutzsu-

chende. Anstatt für Ankommende menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen, sollen sie in Grenzlagern leben, die Haftanstalten gleichen und Entrechtung zum Standard machen. Statt Geflüchteten zu ermöglichen, sich in die Gesellschaft einzubringen, plant die Bundesregierung deren Abschiebungen und Inhaftierungen«, kritisieren die Mitglieder des Bündnisses »Offen bleiben!«. Damit werden die Rechte der Betroffenen weiter aushöhlt.

Dagegen protestierten am 16. Juli in München mehrere Tausend Menschen. Auch viele Gewerkschafter*innen zogen nach einer Kundgebung am Gärtnerplatz zum Marienplatz. Die Redner*innen kritisierten auch, dass die Ampelregierung mit ihrem Weg der Abschottung versucht, von den inneren sozialen Krisen abzulenken, anstatt diese zu lösen.

Die Kampagne »Offen bleiben!« läuft weiter, obwohl sich am 8. Juni 2023 die EU-Innenminister*innen bereits auf eine gemeinsame Position zur Asylrechtsreform einigten. Der Abschluss der Verhandlungen steht aber noch aus – damit bleibt eine Chance zur Verteidigung des seit Jahrzehnten immer wieder eingeschränkten Asylrechts. Da die Reform noch vor der nächsten Europawahl durchgebracht werden soll, ist der Abschluss der EU-Verhandlungen für Februar 2024 geplant.

von Dorothea Weniger

Stellungnahme: »Kann Soziale Arbeit jede*r?« – De-Konstruktion des Fachkräftemangels

Im Juni veröffentlichte ein Bündnis (Foto), in dem Kolleg*innen der Fachgruppe sozialpädagogische Berufe (GEW München), der ver.di-Fachgruppe Erziehung, Bildung und Soziale Arbeit (EBSA; Bezirk München und Region), der ver.di-Betriebsgruppe Sozialreferat München, des ver.di-Fachbereichs C München (Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft) und des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit (Landesverband Bayern) zusammenarbeiteten, eine Stellungnahme zu »›Kann Soziale Arbeit jede*r?‹ – De-Konstruktion des Fachkräftemangels«. Darin werden die angekündigten oder bereits umgesetzten Entwicklungen, mit denen versucht wird, dem Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit zu begegnen, in den Blick genommen. So steht die Öffnung des Sozialdienstes für fachfremde Quereinsteiger*innen in der Kritik (Stellungnahme und Pressemitteilung: gew-muenchen.de/aktuell/news/stellungnahme-kann-soziale-arbeit-jeder). *dw*

Vertreter*innen des Bündnisses, die die Stellungnahme verfassten.

GEW und Medien – Pressemitteilungen der GEW Bayern ab Juni 2023

- Mehr Gehalt für Lehrkräfte an Privatschulen – CSU und Freie Wähler übernehmen Vorschlag der GEW Bayern – PM 28 v. 21.6.2023
- #bildungsprotest2023! Breites Bündnis fordert »Bildungswende JETZT!« – PM 29 v. 23.6.2023
- Kinderbetreuungsgipfel ohne die Beschäftigten – PM 30 v. 5.7.2023
- Unterschriftensammlung für Heilpädagogische Förderlehrkräfte startet – PM 31 v. 10.7.2023
- GEW: Was heißt Demokratie auf Bayerisch? »Ernennung durch das Ministerium!« – PM 32 v. 19.7.2023
- GEW Bayern kritisiert Bayerischen Landesstudierendenrat als vermeintliche Verfasste Studierendenschaft – PM 33 v. 27.7.2023

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: gew-bayern.de

GEW Nürnberg lädt zu Vortrag und Diskussion ein

Charkow 1943 – Charkiw 2023

Referentin:
Antje Rempe, Vorsitzende des Partnerschaftsvereins Nürnberg-Charkiw

Donnerstag, 19. Oktober 2023
18.30 Uhr

DGB-Haus Nürnberg
Kornmarkt 5-7, 7. Stock

Anmeldung bis spätestens 5. Oktober per E-Mail (anmeldungen@gew-nuernberg.de) oder Telefon: 0911 992149

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (*) ersetzt.

Altötting Treffen nach Vereinbarung. *
Kontakt: Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

Aschaffenburg/Miltenberg * Kontakt: Monika Hartl, ☎ 06021 4433609
Mobil: 01520 8886351, Monika.hartl@gew.bayern

Augsburg * Kontakt für Lehrkräfte: Katrin Fischer, vertretung@gew-augsburg.de, mobil: 0176 45506534
HSG-Treffen mittwochs, 18.00 Uhr, GEW-Büro, Schaezlerstraße 13 ½, Augsburg

Bad Tölz/Wolfratshausen
Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr
Kontakt: Gisa Pfnuer-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

Bamberg Treffen jeden dritten Donnerstag im Monat im »Café Luitpold«, 19.00 Uhr
Kontakt: ☎ 0177 850273, hendrik.torner@gew.bayern
aktuelle Infos auf Facebook oder Instagram unter gew_bamberg

Bayreuth/Kulmbach Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien), 19.00 Uhr, Gaststätte »Plektrum«, Bayreuth, Moritzhöfen 29
Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

Coburg Nächstes Treffen wird per Mail angekündigt
Kontakt: Jürgen Behling, kv-cokclif@gew.bayern

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

Erlangen jeden Montag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 18.00 - 19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,
Kontakt: ☎ 09131 2065462, info@gew-erlangen. de, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

Freising * Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

Fürstenfeldbruck/Dachau * Kontakt: Margot Simoneit
☎ 08141 539154, margot.simoneit@gew.bayern

Hof-Wunsiedel Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Donau
Kontakt: Andrea.Oberhofer@gew.bayern

Kempten/Oberallgäu
Kontakt: schwaben@gew.bayern

Landshut/Westliches Niederbayern * Offenes Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, 18.30-20.00 Uhr, Café International, Am Orbankai 4, Landshut
Kontakt: Markus Weinberger, landshut-westliches-niederbayern@gew.bayern

Lindau * Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183• gew-gerold@web.de

Main-Spessart * Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768 oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

Memmingen/Unterallgäu * Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756, gew-unterallgaeu@gmx.de

Mittelfranken Sprechstunde am Dienstag 14.00-15.00 Uhr, Luisenstr. 2, 90762 Fürth
Kontakt: ☎ 0911 6589010, mittelfranken@gew.bayern

München Fachgruppe Berufliche Schulen *
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen
Termine: gew-muenchen.de
Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, christiane.wagner@gew.bayern

München Fachgruppe Gymnasien * Kontakt: Michael Hatala,
☎ 0176 39579577, michael.hatala@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschuleforschung/huf/
Kontakt: huf@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen * Kontakt: Susanne Brauneck, susanne.brauneck@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 089 134654, WolframWitte@gmx.net

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
Treffen nachfragen * sozpaed@gew-muenchen.de
Programm: www.gew-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute
monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, *
Kontakt: Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

München AK Union Busting * Kontakt: ak-ub@gew-muenchen.de

München GEW-Seniorinnen und Senioren
Jour-fixe-Termine nachfragen *
Kontakt: Irene Breuninger, ☎ 089 7853746

Neumarkt/Oberpfalz
Treffen nachfragen* Kontakt: sigrid-schindler@web.de

Neu-Ulm/Günzburg
Treffen: monatlich,* Gasthaus Lepple, Vöhringen
Kontakt: Claudia Heißwolf, ☎ 08337 9680
hei.bei@t-online.de

Nordoberpfalz jeden 4. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten *
Kontakt: nordoberpfalz@gew.de

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen *
Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
Monatliche Treffen.
Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Treffen nachfragen*
Kontakt: K. Höbner: khoebner@posteo.de und
F. Kohl: florian.kohl@gew.bayern

Nürnberg/Fürth offener Stammtisch für alle Fachgruppen *
Kontakt: Petra Wachter, mittelfranken@gew.bayern

Nürnberg Büro für Lebenserfahrung
Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de
Kontakt: Wolfgang Streidl, ☎ 0171 9275449, wastreidl@yahoo.de

Nürnberger Land * Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064, gerd.schnellinger@gew.bayern

Passau/Östliches Niederbayern Treffen alle zwei Monate
Kontakt: Tobias Korter, kv-passau@gew.bayern

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat
20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im »Stefanos«, Ostengasse 16 (»Brandlbräu«),
Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien von 18.00-19.00 Uhr im Büro in der Obermünsterstr. 4
Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

Roth/Schwabach/Hilpoltstein *
Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

Schweinfurt jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755, manfred.schwinger@asamnet.de

Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen *
Kontakt: Elisabeth Schlichte, ☎ 08822 949343
wm-sog-gap@gew.bayern

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino
Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, gew-wug.de

Würzburg monatliche Treffen, *
19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de